

Februar 88 Heft 127 13. Jahrgang ISSN 0176-814 DM 2.00

# Holzwind

ZEITSCHRIFT FÜR RECKLINGHAUSEN UND UMGEBUNG



**Umweltschutzpoker  
bei Barfuss**

**JOCHEN,**

**WIR**

**DANKEN**

**DIR!**

Liebe Leserin,  
lieber Leser,

bist Du schon einmal im Recklinghäuser Ratskeller gewesen? Und wenn, dann war es sicherlich ein geselliger Anlaß, der Dich in die Kellergemäuer am Kaiserwall trieb. Ob nun die Hoffnungen auf ein gutes Essen oder ein gepflegtes Bier erfüllt werden, konnt' ich bei meinem letzten Besuch im Ratskeller leider nicht überprüfen. Provoziert wurde meine Anwesenheit vielmehr durch eine Gruppe von 50 Personen im Alter zwischen Pubertät und Senilität, die meinten, eine "Reichsgründungsfeier" begehen zu müssen.

In gewisser Weise kann man als Antifaschist den Damen und Herren von NPD, Deutscher Freundekreis u.a. schon dankbar sein. Durch ihren ständigen Ortswechsel sorgen sie doch dafür, daß man auch mal Lokalitäten wie das Kolpinghaus, Barbarosahotel, Engelsburg und jetzt den Ratskeller näher kennenlernt. Bleiben einem diese Türen doch schon mal für eigene Veranstaltung geschlossen.

So durfte die Volkszählungsboykottinitiative im letzten Jahr das Kolpinghaus nicht für eine Informationsveranstaltung anmieten. Der Wirt hatte Angst vor weiteren Repressionen aus dem Rathaus. Weil die Initiative bereits in seinem Haus getagt hatte, habe er keinen Pachtvertrag für den Ratskeller erhalten.

Der jetzige Pächter scheint dagegen mit "linken" Veranstaltungen unbelastet zu sein. Und die Veranstaltung der Faschisten wäre auch unbehelligt über die Bühne gegangen, niemand hätte davon erfahren - "wenn es nicht diese Kommunisten gäbe, die froh sind, mal wieder demonstrieren zu können."

Ich wäre auf jeden Fall froh, wenn es keinen Anlaß gäbe zu demonstrieren. Nicht immer im Saale, oft bei Regen und Wind, die Faschisten vor dem Fühler und die Polizei im Nacken - das ist kein schönes Holzwurmleben.

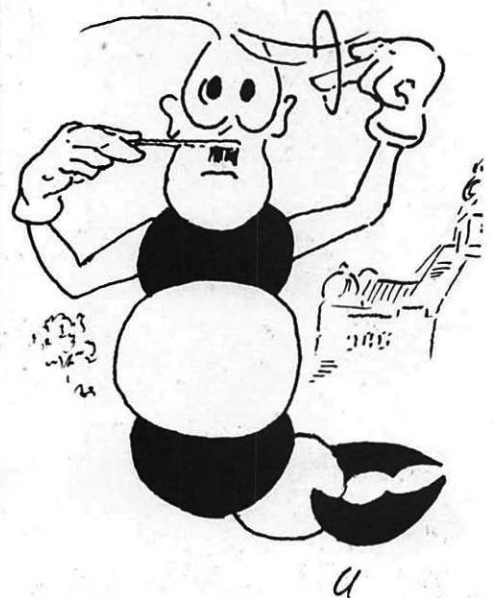
Bis denn,

*euer  
Hebbert*

## Statt Propaganda humane Sexual- aufklärung

Die "Sexuelle Revolution" der 60er und 70er Jahre hat nicht zu einer dauerhaften Loslösung von konservativen Werten geführt. Zu dieser Einsicht kommt Dr. Bärbel Kreidt in ihrem Beitrag zur aktuellen Aids-Diskussion. Ideen einer humanen Sexualerziehung skizziert sie auf den Seiten

20 - 23



# INHALT



Ab Seite 8

## ■ Provinznachrichten ■

Jochen, wir danken dir ..... 8

## ■ Regionales ■

KDV-Ausschüsse neu besetzt: Sollen KDV-Zahlen gering gehalten werden? ..... 13

Poker um Umweltschutz und Arbeitsplätze: Barfuß in Oer-Erkenschwick ..... 14

Niggemeier zensiert Kritik in der Haushaltsrede: Kasernenhofdemokratie in Datteln .... 18

## ■ Politik ■

Aids-Diskussion: Statt Propaganda humane Sexualaufklärung ..... 20

Stirbt der Wald, stirbt der Mensch: Stoppt weitere Kredite zur Vernichtung Amazo-niens ..... 24

Razzia im Frauenprojekt: Wenn Frauen Gesellschaft und Politik voraus sein müssen ..... 35

## ■ Comic ■

Aids contra Vermummung .... 23

## ■ Frauen ■

Kinder zwischen Politik und Liebe/Geburtenkontrolle von der Antike bis heute ..... 30

Frauenportrait: Hermynia Zur Mühlen ..... 34

## ■ Serie ■

Deutscher Herbst ..... 39

## ■ Rubriken ■

Magazin ..... 4

Bleiwüste ..... 28

Leserbriefe ..... 12, 33

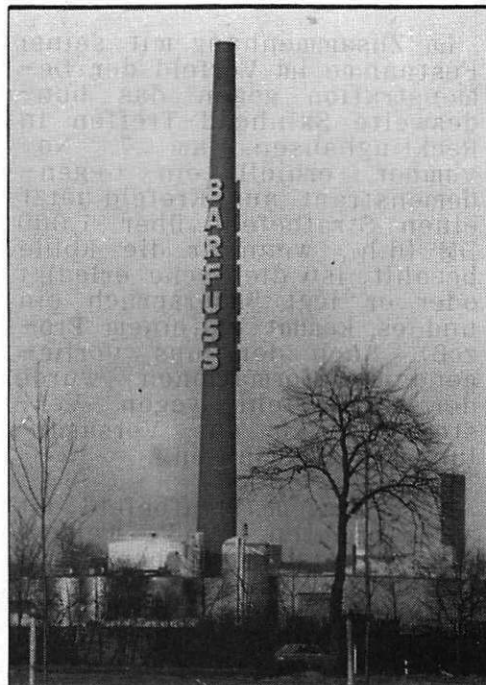
Adressen ..... 38

Veranstaltungen ..... 44

## Barfuß in Oer-Erkenschwick

Die Firma Barfuß ist für Oer-Erkenschwick so wichtig, wie die CWH für Marl oder Nixdorf für Paderborn. Und die Gebrüder Gregor und Norbert bekommen was sie wollen: Millionen an Steuergeldern für Gewerbeerschließung und Neubau. Wenn die Politiker nicht mitspielen, wird mit einer Neuansiedlung gedroht - außerhalb von NRW. Ab Seite

14



# MAGAZIN

## 9. Bullshit-Festival

Für das Bullshit-Festival zu Pfingsten sucht der Veranstalter noch Amateur-Bands beliebiger Richtung sowie Theater- und Kabarettgruppen. Die Freie Jugend- und Musikinitiative Oer-Erkenschwick erbittet Demo und Kurzinfo bis zum 13. März an Georg Schäfer, Ahsener Allee 31, 4354 Datteln-Ahsen (02363/53948).

Mit einer Festgage können die Bands und Gruppen allerdings nicht rechnen: "Wir geben alles, was wir an Bier- und Essenbuden und am Eintritt herauswirtschaften, als Gagen an die Bands weiter: wir wollen und brauchen keinen Gewinn machen. Hauptsache, das Festival trägt sich selbst."



## Neues VHS-Programm für Jugendliche

Es bietet ein vielfältiges Spektrum an Kursen und Wochenendseminaren. Das Kursangebot umfaßt sozialpolitische Themen (z.B. Reichskristallnacht, Okkultismus), kreative/freizeitorientierte Bereiche (z.B. Videofilm, gute Schminke, Rock'n Roll), sowie Wochenendseminare zu ökologischen Themen. Speziell für Mädchen werden ein Wochenendseminar "Fotopraxis" und jeweils ein Jazz-Dance-Kurs für Anfängerinnen/Fortschrittene angeboten.

Das ausführliche Programm liegt in der Volkshochschule aus. Die Wochenendseminare sind kostenlos, ebenfalls die Kurse mit politischem Anstrich; andere Kurse kosten zwischen 2,50 und 5,00 DM. Anmeldungen werden bei der VHS, Herzogswall 17 angenommen.



Festnahme am 7. November kurz vor der Skinhead - Demo

## Skinhead-Demo: Erster Strafbefehl

Im Zusammenhang mit seiner Festnahme im Vorfeld der Demonstration gegen das bundesweite Skinhead-Treffen in Recklinghausen, am 7. November, erhielt ein Gegen-demonstrant aus Krefeld jetzt einen Strafbefehl über 1.000 DM (d.h., wenn er die Kohle bezahlt, ist die Sache erledigt oder er legt Widerspruch ein und es kommt zu einem Prozeß). Nach den uns vorliegenden Informationen wurde der Strafbefehl wegen Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz erlassen.

Nach diesem Strafbefehl ist zu vermuten, daß weitere folgen; daher geben wir nochmals die Adresse bekannt, an die sich mensch wenden kann, um gemeinsam mit anderen Betroffenen gegen Kriminalisierungsversuche etwas zu unternehmen: Autonomes Zentrum, Münsterstr. 1,

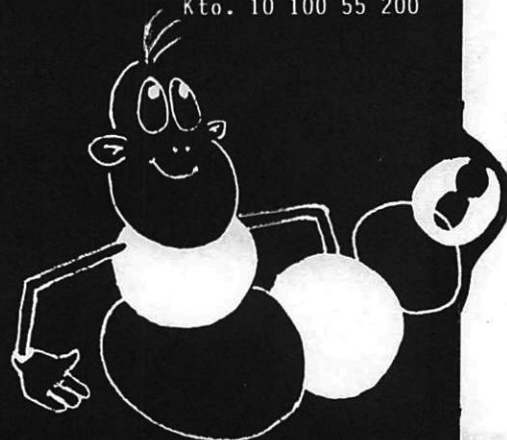
4350 Recklinghausen (02361) 15698 oder Libertäres Zentrum Krefeld, Postfach 346.



## Holzworm

Münsterstr. 2a  
4350 Recklinghausen  
te.: 02361/ 15698

Bankverbindung  
Bank für Gemeinwirtschaft  
BLZ 426 101 12  
Kto. 10 100 55 200



## Wiederein- stellung erzwungen

Ein angedrohter Kaufboykott führte zur Wiedereinstellung von zwei türkischen Mitarbeiterinnen in einer Hertener Brotfabrik. Sie waren Mitglieder des Wahlvorstandes gewesen, der einen Tag vor der Entlassung die Wahlen für den ersten Betriebsrat in dem Hertener Unternehmen leitete.

Offizielle Begründung für die Entlassung war der Vorwurf, die beiden Türkinnen hätten eine Kollegin gezwungen, Mitglied der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) zu werden.

Die Gewerkschaft kündigte daraufhin einen Arbeitsgerichtsprozeß an, verschiedene türkische Vereine und Initiativen erklärten sich solidarisch und riefen ihre Landsleute auf, kein Brot mehr aus der Fabrik zu kaufen.

Nach einem Gespräch zwischen dem Firmenchef, dem Einzelhandelsverband und der Gewerkschaft nahm das Unternehmen die Kündigung zurück.

## Geht Niggemeier nach Bayern?

Landrat Helmut Marmulla und mit ihm die SPD-Fraktion preist als Ausweg aus Strukturkrise und Arbeitslosigkeit unseres Kreises die Aufnahme des Kreisgebietes in die, von der Landesregierung NRW gestartete Zukunftsinitiative Montanregion. Dadurch sollen Unternehmen dazu gebracht werden, im Kreis Recklinghausen zu investieren und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Es soll bewiesen werden, daß es sich lohnt, im Kreis Recklinghausen zu investieren, damit in Zukunft wegfallende Arbeitsplätze im Bergbau und bei den Bergbauzulieferern durch Ersatzarbeitsplätze aufgefangen werden können.

Die CDU im Kreistag ist da eher skeptisch. Immer wieder werden einzelne SPD-Fraktionsmitglieder angefrozzelt: "Das ist doch nur Theaterdonner, ihr glaubt doch selbst nicht an die Zukunft des Ruhrgebietes, der Horst hat doch selber sein Geld in Süddeutschland angelegt!" Es geht um ein aus Datteln stammendes Gerücht. Diesem zufolge hat Horst Niggemeier (Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion) einen Teil seines, in langen Jahren als Politiker und Aufsichtsrat zusammengeschafften, Geldes über seinen Sohn Horst junior in einem High-Tech Park bei Stuttgart und in sogenannten Zukunftsindustrien im Norden Bayerns angelegt.

Ein Indiz dafür, daß an diesem Gerücht viel Wahrheit ist, läßt sich aus einem Wortgeplänkel ableiten, welches sich in der Kreistagsitzung vom 23.10.'87 ergab. Ein Abgeordneter der GRÜNEN kritisierte besagte Zukunftsinitiative Montanregion der Landesregierung und wies darauf hin, daß es ja hier im Kreistag einen SPD-Funktionär gäbe, der das Ruhrgebiet

auch nicht als zukunfts-trächtig ansähe und seine Gelder vorsichtshalber im Süden investiere. Darauf fragte ein anderer GRÜNER seinen Fraktionskollegen, ob er etwa Horst Niggemeier meine. Dies nahm Horst Niggemeier kommentarlos hin.

Selbst bei der sonst so getreuen SPD-Kreistagsfraktion ist man enttäuscht, hat doch Niggemeier nicht einmal dementiert, daß er seine wirtschaftliche Zukunft in dem von der Union regierten Süden sucht.

Vielleicht läßt sich Horst Niggemeier, ähnlich wie Ex-Bürgermeister Wolfram, in bayrischen Landen nieder. Der Holzwurm vermutet: Major Niggemeier wird seinen krankhaften Haß auf Atomkraftgegner in Bayern besser ausleben können, er könnte ja mit bayrischen Gebirgsschützen die deutsch-österreichische Grenze gegen Kernkraftgegner verteidigen und sich für die WAA einsetzen. In den Waltroper Rieselfeldern hat es ja nicht geklappt.

■ ■ ■



Das Kaufhaus Hanse SB im Löhrhoff-Betoncenter soll noch in diesem Jahr geschlossen werden, so will es jedenfalls der Vorstand der Horten AG. 170 Beschäftigte würden dann auf die Straße gesetzt. Die Betroffenen wollen das auf keinen Fall widerspruchslos hinnehmen und haben Kampfmaßnahmen angekündigt.

# MAGAZIN

## Nach Mercedesstern jetzt Bundesverdienstkreuz

Wie kommt man an ein Bundesverdienstkreuz? Am Beispiel des Dattelner Ratsmitglied Karl Schneider (SPD), dem Landrat Marmulla eben jenes Kreuz Ende letzten Jahres anheftete, können folgende Faktoren genannt werden, die einer Verleihung im Kreis Recklinghausen förderlich sind:

1. Mitglied innerhalb einer Partei.
2. Mitglied innerhalb einer Mehrheitsfraktion.
3. Mitglied der Industrieergewerkschaft Bergbau und Energie
4. Langjährige Freundschaft mit Repräsentanten des öffentlichen Lebens.

All diese Punkte erfüllt der in Recklinghausen und auch für den Holzwurm bislang vollkommen unbekannt Schneider im hohen Maße. Als Mitglied der lokalen SPD-Fraktion erfüllt er automatisch die beiden ersten Hürden. Als Betriebsrat der mittlerweile stillgelegten Zechen Emscher Lippe erfüllte er Bedingung drei und gründete seine Freundschaft mit Horst Niggemeier - Punkt vier war somit auch erreicht.

Schneider machte sich noch beliebter, er wurde DGB-Ortskartellvorsitzender in Datteln. Und seine Verwandten und Bekannten ließ er nie hängen. Bei der Privatisierung von Zechensiedlungen in Datteln kamen sie nicht zu kurz.

Ein Bundesverdienstkreuz war da nur angebracht. Aber was kann man da sich schon für kaufen? Ein kleiner materieller Zuschlag war da nur angebracht. Schneider fährt seit einiger Zeit Mercedes - den ehemaligen Dienstwagen

## Verkaufsstellen des Holzwurms

### ■ Buchhandlungen ■

Attatroll .....	Ecke Herner Str./Paulusstr.
Büchereule, Herten .....	Fußgängerzone
Bahnhofsbuchhandlung .....	Hauptbahnhof
Förderverein Bücherladen .....	Hochstr. 12, Marl
Streubel .....	Kunibertstr. 30
van Ahlen .....	Heilig-Geist-Straße
Winkelmann .....	Steinstr. 2

### ■ Kneipen ■

Acht - Acht .....	Königswall
Drübelken .....	Münsterstr. 5
Flexi .....	Schulstr. 85
Grauzone .....	Oerweg 53

### ■ Kloske ■

C. Sonntag .....	Oerweg 45
Venzke .....	Dortmunder Str. 29
Z Z Z .....	Breite Str.

### ■ Sonstige ■

Altstadtschmiede .....	Kellerstr. 10
Naturkostladen Sonnenblume .....	Springstr. 2
Naturkostladen Wurzel .....	König-Ludwig-Str. 24
Naturkostladen Kernbeißer .....	Bergstr. 10, Marl
Cafe Stube .....	Oerweg 4

von Bürgermeister Horst Niggemeier.

Dieser war ca. 4000 DM unter dem Schätzpreis ohne Ausschreibung an eine Reinigungsfrau verkauft worden und - welch wundersame Dinge - kurze Zeit später fährt Ratsmitglied Schneider nun mit Daimler-Stern und Bundesverdienstkreuz am Bande durch die Lande. ■ ■ ■

## Sonderrechte für Ratsherrn?

Günter Rozun, Suderwicher Ratsherr und SPD-Sprecher im Schulausschuß, eilt standesgemäß mit seinem Daimler zur 2. Lesung des Haushalts im Haupt und Finanzausschuß. Er parkt seine Karosse auf dem

Parkplatz im Erlbruch, dort muß man ja bekanntlich, gegen eine geringe Gebühr, Parkscheine aus dem Automaten ziehen. Ratsmitglieder bekommen pro Monat 500 DM Diäten für ihr Ehrenamt. Doch Günther Rozun will sparen, nicht nur im Haupt- und Finanzausschuß auch bei den Parkgebühren möchte er mit Beispiel vorangehen. Seinen Ratsmitgliedsausweis legt er gut sichtbar auf das Armaturenbrett. Der von Bürgermeister Welt eingeführte Ausweis sollte ihm die paar Pfennige Parkgebühren sparen. Die vierzig Meter entfernt, am Adenauerplatz, vor sich hindösenden Parkflächen waren ihm wohl zu weit, dort hätte er gebührenfrei parken können. Der Ratsherrenausschuß sollte wohl die städtische Politesse davon abhalten für Günther Rozun ein Knöllchen auszufüllen. ■ ■ ■

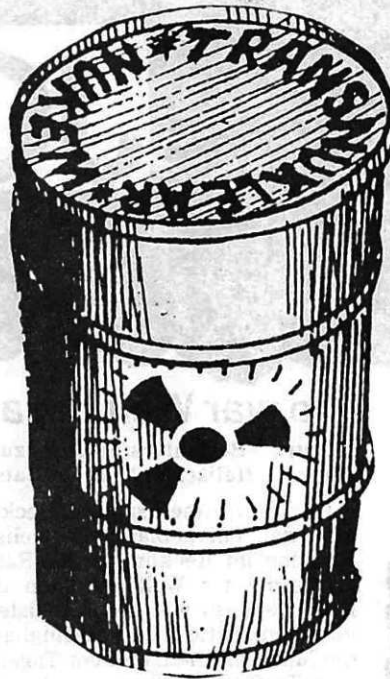
## Das schlägt dem Faß den Boden aus

Für den 30.01. haben Recklinghäuser und Dorstener Bürgerinitiativen zu einer Anti-Kernkraft Demonstration in der Recklinghäuser Innenstadt aufgerufen. Aktueller Anlaß ist der Atommüllskandal um die Firma Nukem und ihre Tochtergesellschaft Transnuklear. Wie stark ein Großteil der Öffentlichkeit bereits gegen die häufigen Affären dieser Art abgestumpft scheint, läßt sich aus der Tatsache ersehen, daß die, ursprünglich für den 23.01. geplante, Demo mangels TeilnehmerInnen verschoben wurde. Im Folgenden veröffentlicht der Holzwurm den Inhalt des, bei dieser Demonstration, verteilten Flugblatts.

Die tieferen Ursachen des Atommüllskandals:

- Ein umfassendes Entsorgungskonzept existiert nicht. Deshalb müssen die radioaktiven Abfälle bei den Reaktorenschaften bzw. in Zwischenlagern, deren Kapazität begrenzt ist, aufbewahrt werden.
- Das Zwischenlagern von Atommüll verursacht für die Betreiber enorm hohe Kosten: um das Märchen vom billigen Atomstrom aufrecht zu erhalten, werden die Abfälle preisgünstiger ins Ausland verschoben.
- Trotz der Katastrophe von Tschernobyl ist kein einziges Atomkraftwerk abgeschaltet worden. Ganz im Gegenteil: noch letzte Woche ging trotz Atommüllaffäre in Bayern Isar II bei Landshut ans Netz! Damit wird die Produktion radioaktiven Mülls vorangetrieben.

Ein Beispiel: Die 21 westdeutschen Atomkraftwerke produzieren pro Jahr etwa **300 Tonnen** abgebrannter



Brennstäbe - ein Giftausstoß, der mit furchterregender Geschwindigkeit weiterwächst. Jedes Ding, das mit den türkischen Energieträgern oder ihren Zerfallsprodukten in Berührung kommt, wird kontaminiert: Gebäude, Arbeitsgeräte, Behälter und Transportfahrzeuge verwandeln sich nach einiger Zeit in strahlenden Abfall, der sorgfältig und sicher verwahrt werden muß. Der Atomexperte Gaul schreibt: "Es gibt keinen Energieträger, dessen Nutzung auch nur annähernd so viel Abfall erzeugt wie die Nuklearindustrie und es gibt keinen Müll, der auch nur im entferntesten so gefährlich ist wie die Spaltprodukte." Michael Sailer, Nuklear-Experte des Darmstädter Öko-Institutes: "Angesichts des Umfangs der Atomindustrie ist eine perfekte Kontrolle aller radioaktiven Materialien ausgeschlossen." Auch bei größtem Aufwand sei es unmöglich, Pannen, Schlampereien und kriminelle Aktionen zu verhindern.

Der 'Spiegel' schreibt: "Eine der Gefährdung angemessene Behandlung des Atommülls und eine ordentliche Sicherung der Transporte und der Lagerplätze würde den Atom-

strom zur teuersten Energie der Welt machen." Die Behauptung der Atommafia, ihre Technik sei sicher, ist nach Harrisburg, nach Tschernobyl und nach der Müllaffäre hierzulande nicht mehr zu halten.

Die Atommüllaffäre und ihre politischen Konsequenzen für Recklinghausen:

**Kohle statt Atom!  
Keine Zeche darf sterben!**

Weiter fordern wir:  
■ Sofortige Schließung aller Atomanlagen!

■ Einstellung aller Verfahren gegen Atomkraftgegner!

■ Strafrechtliche Verfolgung der kriminellen Atommafia in Wirtschaft und Politik!

Bürgerinitiative Atomstopp Recklinghausen  
Dorstener Bürgerinnen und Bürger gegen Atomanlagen

Man sagt einfach:  
»Die Süddeutsche«  
und jeder  
weiß Bescheid.

Süddeutsche Zeitung

Recklinghäuser Zeitung  
18.01.1988

Bürgermeister Jochen Welt in einer ersten Stellungnahme vor Ort: „Das NPD-Treffen ist nicht nur eine Riesenschweinerei an sich, sondern muß, da es im Ratskeller, also quasi im Rathaus, stattfand, ganz klar als Provokation gewertet werden. Das Geschehen ist zudem Signal dafür, daß Neo-Nazis massiv auftreten wollen. Anlaß für alle demokratischen Parteien und Organisationen, geschlossen und entschieden gegen diese Umtriebe vorzugehen“.

So habe er - wie auch Fraktionschef Peter Budschun - den Schluß aller demokratischen Kräfte in diesem konkreten Fall leider vermißt: „Hätten uns die Antifaschisten, die ja offensichtlich eher als wir von dem Treffen bzw. dem Treffpunkt wußten, unverzüglich informiert, hätte ein Treffen im Ratskeller von vornherein verhindert werden können“.

Noch weiter ging Budschun in seiner Kritik. Er äußerte den Verdacht, die Gegendemonstranten hätten bezüglich ihrer Informationspolitik wohl im Hinterkopf gehabt: „Wird das Treffen im Vorfeld unterbunden, können wir nicht demonstrieren, uns nicht in Szene setzen“.

Recklinghäuser Zeitung  
19.01.1988

Recklinghäuser Zeitung  
.....20.01.1988

## Seit 120 Jahren gegen jede Diktatur

Die Leserbriefe der DKP und von Erich Behrendt (RZ vom 19. 1. 1988), die sich mit dem NPD-Treffen im Ratskeller befassen, sind nun wirklich nicht geeignet, den „Schulterschuß aller demokratischen Parteien und Organisationen“ herbeizuführen. Im Gegenteil: Hier klopfen sich nur selbsternannte Demokraten, die in Wirklichkeit nicht unsere rechtsstaatliche Demokratie meinen, selber auf die Schulter und versuchen dem Bürgermeister vorzugaukeln, sie allein seien die wahren Hüter vor rechtsradikalen Umtrieben.

Was zu dem NPD-Treffen zu sagen war, haben der SPD-Fraktionsvorsitzende Peter Budschun und ich am 18. 1. 1988 im Haupt- und Finanzausschuß unmißverständlich geäußert. Im übrigen lehne ich sowohl gegenüber der DKP als auch gegenüber Herrn Behrendt jede Diskussion darüber ab, welche Haltung man Neofaschisten gegenüber einzunehmen hat. Sozialdemokraten haben das nicht nötig, sie sind die einzige deutsche Partei, die sich seit nun 120 Jahren entschieden gegen jede Diktatur gewandt hat. Den Bürgern danke ich dafür, daß sie den Radikalen von rechts und links noch bei jeder Wahl eine Absage erteilt haben.

Jochen Welt,  
Bürgermeister

Die HOLZWURM-Redaktion

# JOCHEN,

RZ 19.01.88

## Wo war Weit bei anderen NPD-Treffen?

Betr.: Berichterstattung zum Reichsgründungstreffen der nordrheinwestfälischen NPD im Ratskeller, RZ vom 18. Januar

Nur der Aufmerksamkeit Recklinghäuser Antifaschisten ist es zu verdanken, daß ein geplantes „Reichsgründungstreffen“ der NPD am letzten Samstag im Recklinghäuser Ratskeller nicht stattfinden konnte. Sowohl Bürgermeister Welt als auch der SPD-Fraktionsvorsitzende Budschun hätten ebenso wie die Faschisten einen geruhsamen Samstagnachmittag verbracht, hätte es in Recklinghausen nicht Personen gegeben, die sich mal die Mühe machen, den vor Tagen bekanntgewordenen Gerüchten über ein Nazi-Treffen nachzugehen. Da diese Informationen auch in der lokalen Tagespresse bereits veröffentlicht worden waren, hätte dies auch ein Herr Welt machen können.

Wenn der Bürgermesiter nun die „Solidarität aller Demokraten vermißt“, so sollte er sich an die eigene Brust klopfen. Mir ist nicht bekannt, wo er oder seine Demokraten gegen Veranstaltungen von Faschisten in den letzten Jahren demonstriert hätten, seien es Veranstaltungen auf dem Marktplatz, in der Engelsburg, dem Barbarosahotel oder im Kolpinghaus gewesen.

Die Unterstellungen von Herrn Budschun gegenüber den Antifaschisten („Wird das Treffen im Vorfeld unterbunden, können wir nicht demonstrieren, uns nicht in Szene setzen.“) provoziert nur die Frage, ob Herr Budschun diese Äußerung als Politiker oder als Polizeibeamter getätigt hat.

Nachdem durch einen Anruf in der NPD-Zentrale in Wattenscheid bekannt war, in welchem Ort das Treffen stattfinden wird, sind die „Stadtoberen“ informiert worden. Und diese sind auch nur gekommen, weil es sich um den Ratskeller handelt. Woanders hätte sich wie in den letzten Jahren nur die Polizei blicken lassen, die „die Versammlungsfreiheit“ auch für Faschisten „gewährleistet“ hätte.

Erich Behrendt



RZ 20/01/88



gesteht:

# WIR DANKEN DIR!

Die Diskussion um das Verhalten des Bürgermeisters gegenüber der NPD und anderen faschistischen Organisationen hat nun auch in der HOLZWURM-Redaktion zu einem - für viele längst überfälligen - Beschluß, geführt. Liebe Leser, wir legen die Karten offen auf den Tisch und beantworten viele der unerschwelligsten Fragen, die sich in den letzten Jahren ansammelten.



In seiner ersten Karnevalssaison 1987 bewies der "rote Jochen", wie souverän er auch die Rolle mit der Narrenkappe beherrscht.

# "Jochen, wir danken Dir!"

Der HOLZWURM existiert seit über 11 Jahren und wurde in einer Zeit gegründet, in der die "Gegenöffentlichkeit" ihre Blüte hatte. Nun ist es aber kein Geheimnis, daß aus dieser Blütezeit kaum noch ein Pflänzchen erhalten blieb. Das Bochumer Volksblatt existiert seit Jahren nicht mehr. Pflasterstrand (Frankfurt) wird an einen Verlag verkauft, das Kölner Volksblatt und andere haben längst den Schritt zur Professionalisierung vollzogen.

nur beim HOLZWURM blieb im Prinzip alles beim Alten.

Noch immer wird vom Schreiben der Beiträge bis hin zum Vertrieb alles selber erledigt, noch immer bekommt kein Mitarbeiter dafür Geld, ganz im Gegenteil. Kein Wunder also, wenn die Frage gestellt wird, was ist beim HOLZWURM anders, wieso machen die immer noch weiter? (Typische Frage von SPD-Genossen).

## Der HOLZWURM und seine Förderer

Wir legen die Karten offen auf den Tisch und Eingeweichte werden es schon lange gewußt haben. Nur mit der Unterstützung maßgeblicher Politiker ist uns dieses Durchhalten in den letzten Jahren ermöglicht worden. Und ganz an der Spitze der Freunde und Förderer steht

**Gutschrift**  
Bank für Gemeinwirtschaft

258934

Empfänger: **Ziegelbrennerverlag Holzworm** Münsterstr. 23

Konto-Nr. des Empfängers: **10 10055300** bei oder ein anderes Konto des Empfängers

Verwendungszweck (nur für Empfänger): **Spende**

Konto-Nr. des Auftraggebers: **2006270600** Auftraggeber: **Jochen Welt Rothaus**

426 101 12  
FEB. 1987

4350 RE

500,-

4350 RE

Bankleitzahl  Text

6060-586320  Konto-Nr.  Betrag  Stempel

514

kein anderer als unser Bürgermeister Jochen Welt.

Vielmehr noch! Die Gründung des HOLZWURM im Herbst 1976 wäre ohne ihn fast unmöglich gewesen. Der damalige Jugendpolitiker Welt ließ über den damaligen Jugendpfleger Peter Patzke dieses Projekt initiieren und Jochen war dann auch gleich der erste Interview-Partner des HOLZWURM.

Es würde Seiten füllen, um all die Verdienste von Jochen herauszustellen. Ob es die Vermittlung brisanter Informationen war, eine gelegentliche Geldspende oder anderes mehr - Jochen war immer für uns da.

Der "rote Jochen"

Auch sonst hat der "rote Jochen" (so dürfen wir ihn heute noch privat nennen) uns nie vergessen. Eine HOLZWURM-Mitarbeiterin durfte sein Pferd reiten, ein anderer in seinem Haus ein paar Mark nebenbei verdienen. Und als er seine Karriere bei der Westfälischen Berggewerkschaftskasse (WBK) machte, war auch ein ehemaliger HOLZWURM-Redakteur als



sten Tage gespielt hast. Herrlich Deine Erwiderung auf die Angriffe der DKP und von Erich Behrendt zu Deinen Äußerungen in der Recklinghäuser Zeitung. "Selbsternannte Demokraten", "Hüter rechtsradikaler Umtriebe", die "in Wirklichkeit nicht unsere rechtsstaatliche Demokratie meinen" - Begriffe wie selbst Horst Niggemeier sie nicht besser bringen könnte. (Allein der verkehrte Gebrauch des Wortes "Hüter" - rhetorisch einfach toll!).

Jochen, laß es nun gut sein. Hören wir mit dem Versteckspiel auf. Wir wissen doch, wie schwer es Dir in den letzten Jahren gefallen ist, sich immer verstellen zu müssen. Man konnte Dir Deine Freude ansehen, wie Du bei der Demonstration der Kollegen von Klöckner-Beckorit mal wieder auf der Straße demonstrieren konntest, auf dem politischen Feld, wo Du eigentlich zu Hause bist. Wir wissen doch, wie gerne Du selber gegen die Faschisten aktiv werden würdest und nicht, wie andere Memmen, die Polizei vorschicken würdest.

persönlicher Pressereferent dabei.

Jochen vermittelte Zivildienststellen für HOLZWURM-Mitarbeiter und kümmerte sich persönlich um die Zukunft des Autonomen Zentrums.

Nun hat Jochen, und nun haben wir erreicht, was wir wollten. Der lange Marsch durch die Institutionen war für Jochen nicht zu lang. Er ist politisch nicht abtrünnig geworden, wie viele vor ihm. Zwar mußte er sich in der Öffentlichkeit oftmals verstellen, Punker aus besetzten Häusern schmeißen lassen oder Bürger als Kommunisten diffamieren - aber angesichts des Einflusses der rechten IGBE-Riege in Recklinghausen ein taktisch notwendiger Schritt.

**Der Klassenkampf geht weiter**

Als Bürgermeister dieser, unserer Stadt hat er nun die Möglichkeiten, sich an seine alten Zeiten zu erinnern. Jochen denk doch daran, was Du früher in Deinen Schriften mitverfaßt hast:

"Es ist davon auszugehen, daß die Klassenlage sich durch die Stellung im Produktionsprozeß bestimmt. Da der ökonomische Bereich für die Gesellschaft bestimmend ist, kann eine sozialistische Gesellschaft erst dann die bestehende kapitalistische Gesellschaft ablösen, wenn sich der ökonomische Bereich grundlegend verändert." (aus: Bezirksvorstand der Jungsozialisten Westliches Westfalen, "Antikapitalistische Jugendarbeit", Dortmund ca. 1973, Mitarbeiter Joachim Welt)

Ja, Jochen und da können wir heute wieder ansetzen. Oder daran, wie Du die "Rote Zelle WBK" gegründet und Genossen/innen wie Geidis und Fleischmann eingeschleust und den WBK-Kollegen Kasperek zum Unterbezirksvorsitzenden in Recklinghausen gemacht hast.

Es ist Dir sicherlich schwergefallen, sich immer verstellen zu müssen, und nur gelegentlich, wie zur närrischen Ratssitzung, ein wenig Deinen wahren Charakter andeuten zu können.

Und wie konsequent Du diese Rolle bis in die jüng-

Jetzt kannst Du auch den HOLZWURM wieder offiziell abonnieren und brauchst ihn nicht immer heimlich am Kiosk an der Dortmunder Str. kaufen zu lassen. Jochen wir wissen, was wir an Dir hatten und haben.

Jochen, wir danken Dir.

■ ■ ■


# Leserbrief

Leserbrief der GRÜNEN vom 20.01.1988: Seit 120 Jahren gegen jede Diktatur von Jochen Welt

Des Bürgermeisters Erklärung zu den Leserbriefen der Herren Beyer und Behrendt trieft dermaßen von Arroganz und Selbstgefälligkeit, daß kein Auge trocken bleibt.

Es ist eine Anmaßung sondergleichen von der SPD, sich - wie hier geschehen - erneut als Avantgarde des antifaschistischen Widerstands aufzuspielen und so zu tun, als stehe und falle dieser Widerstand mit ihr. Das Gegenteil ist der Fall!

Wer hat sich denn im Vorfeld des Skinheadtreffens stets hartnäckig geweigert, an einer Anti-Skinhead-Demonstration teilzunehmen? Wer versucht denn, den aufkommenden Neofaschismus nach dem Motto "lieber totschweigen als handeln, sonst verschafft man den Neonazis nur Auftrieb" zu "bekämpfen"? Wer wirft denn den Antifaschisten unisono mit den bürgerlichen Parteien stets vor, die eigentliche Gefahr für den Staat gehe von Ihnen aus?

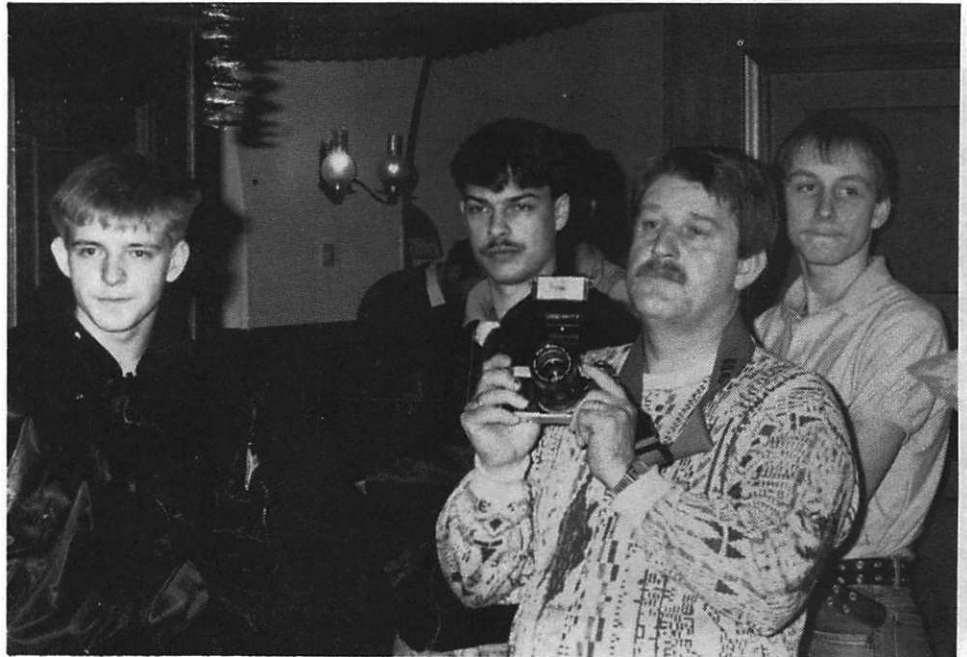
Der ständige Vergleich von rechts und links ist jedenfalls ein Rückschritt in die Zeit des kalten Krieges, wo das Gerücht, Faschismus sei dasselbe wie Kommunismus, zum ersten Mal aufkam und sich bis heute noch hartnäckig hält.

Welt täte jedoch besser daran, - anstatt Antifaschisten zu diffamieren - zunächst einmal die eigene Parteigeschichte kritisch zu reflektieren. Dabei könnte auch er zumindest einige Erkenntnisse gewinnen, die belegen, daß auch bei der SPD Demokratie oftmals kleingeschrieben wurde.

- so schloß die SPD nach der Novemberrevolution 1919 mit der Reichswehrführung ein Bündnis mit dem Ziel, die Arbeiter- und Soldatenräte niederzuschlagen (Ebert-Groener-Pakt vom 10. November 1919); gleichzeitig mit diesem Pakt wurde eine konterrevolutionäre Politik eingeleitet.

sten dabei, während sie es gleichzeitig nicht verhinderte, daß Altnazis wieder zu Ruhm und Ehren kamen.

- Ende der 60er Jahre wurden unter einer SPD/CDU-Regierung die Berufsverbote durchgedrückt, womit die Partei wieder einmal bewies, wie sie es mit dem Grundrecht der freien Meinungsäußerung hielt.



Junge und alte Nazis im Ratskeller.

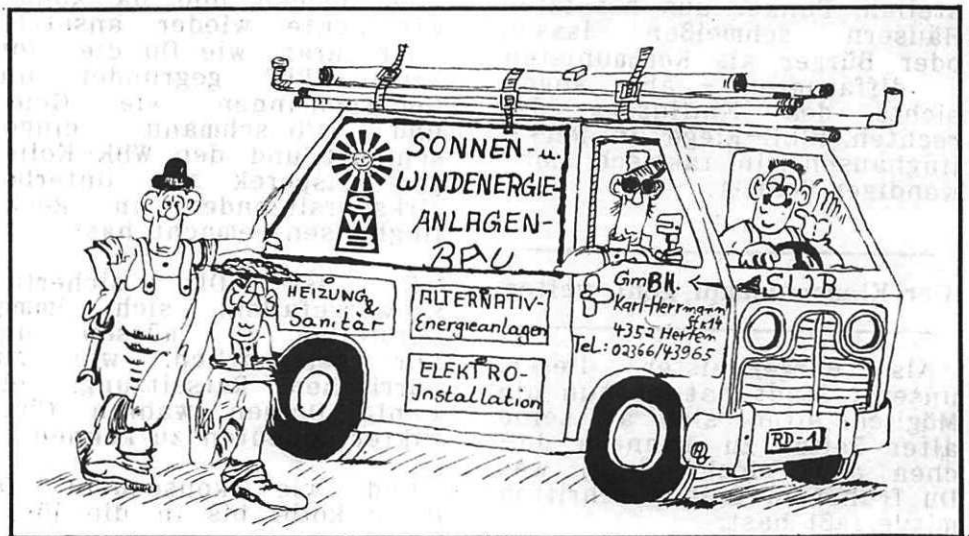
die die monarchistischen Kriegstreiber der Reichswehr wieder in die Sättel hievte.

- Auf die gewaltsame Absetzung der SPD-Regierung in Preußen durch von Papen reagierte die SPD-Regierung nur mit einer Klage vor dem Staatsgerichtshof, die jedoch abgewiesen wurde - womit den Nazis kampfflos das Feld überlassen wurde.

- Nach dem Ende des zweiten Weltkrieges war die SPD mit beim großen Kesselreiben gegen die Kommuni-

- Zuletzt sei noch auf den Ausbau des BKA und die berüchtigte Terroristenhatz 1977 verwiesen.

Diese Punkte sollten Herrn Welt zumindest zu denken geben und ihn nicht weiter von seinem hohen Roß sprechen lassen. Sein Zynismus, mit dem er Antifaschisten als "selbsternannte Demokraten" bezeichnet, ist jedenfalls fehl am Platze. Diese "selbsternannten Demokraten" - so hat es den Anschein - sitzen offenbar ganz woanders.



Anzeige

## KDV-AusschüÙe neu besetzt:

# Sollen KDV-Zahlen gering gehalten werden?

Auf der Kreistagssitzung Ende Dezember fand die Wahl der ehrenamtlichen Beisitzer des Ausschusses für Kriegsdienstverweigerung beim Kreiswehrrersatzamt Münster statt. Die zweite Instanz für Kriegsdienstverweigerer auch aus unserem Kreis, die beim Recklinghäuser Kreiswehrrersatzamt abgelehnt werden. Bei den letzten Wahlen waren auch BürgerInnen aus der Friedensbewegung gewählt worden, dieser "Fehler" sollte bei der jetzigen Wahl korrigiert werden.

Die Amtszeit der ehrenamtlichen Beisitzer im Ausschuß für Kriegsdienstverweigerung beim Kreiswehrrersatzamt Münster - KDV-Ausschuß - endete am 31.12.1987. Diese Dienststelle bat deshalb darum, für die folgende Amtsperiode vom 01.01.1988 bis zum 31.12.1991 durch den Kreistag 18 ehrenamtliche Beisitzer neu zu wählen.

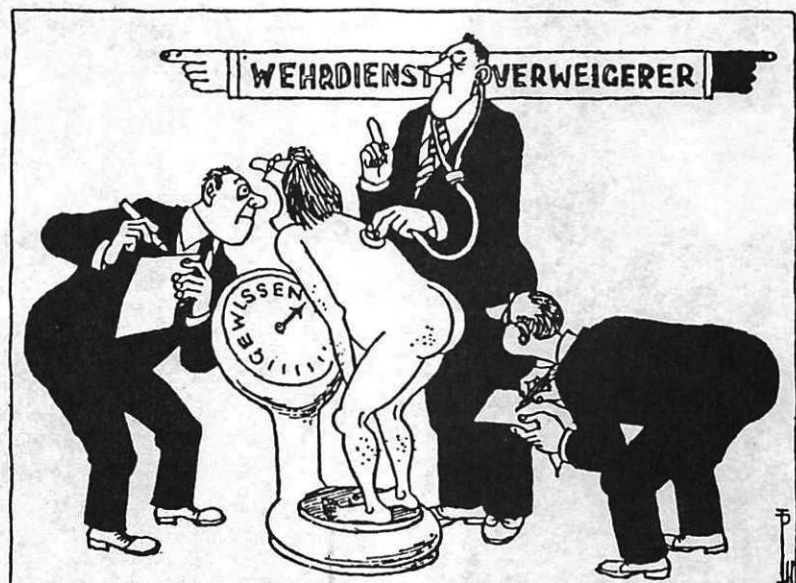
Bisher gehörten dem KDV-Ausschuß 43 mögliche Beisitzer an. Wegen der Änderung des Anerkennungsverfahrens hat sich die Anzahl der benötigten Beisitzer verringert. Es wird jetzt eine schriftliche statt einer mündlichen Begründung der Verweigerung abgegeben, was nicht ganz den Charakter einer Fehmegerichtsverhandlung hat, dafür werden dem Verweigerer in spe aber auch 20, statt bisher 16, Monate Zivildienst aufgebürdet. Dieses Verfahren erspart aber immerhin einige verwaltungstechnische Arbeit.

Tritt dann ein KDV-Ausschuß zusammen, besteht er aus einem, vom Kriegsminister bestimmten Vorsitzenden und zwei (durch das Los ermittelten) ehrenamtlichen Beisitzern. Die, mit jetzt 18 möglichen, immer noch hohe Zahl der zu wählenden Beisitzer ergibt sich aus der Tatsache, daß die ehrenamtlichen Berater nicht so oft geladen werden und nicht stets die selben Personen über die Einsprüche der Kriegsdienstverweigerer entscheiden sollen.

Nach dem, in allen Kommunalparlamenten üblichen, Verfahren nach d'Hondt hätten auch die GRÜNEN berücksichtigt werden müssen. Aber schon hatte sich im Kreistag eine stramme Große Koalition gebildet, die mit ihrer satten Mehrheit eine gemeinsame Liste unter Ausschluß der GRÜNEN durchdrückte. Einwände der GRÜNEN wurden von den Kasernenhofdemokraten vom Tisch gefegt, wobei ein CDU-Abgeordneter sich nicht entblödete zu behaupten, der Ausschluß der GRÜNEN liege an ihrem Benehmen im Kreistag. Die selbe Argumentationsart, die weiland Kaiser Wilhelm II gegen die "vaterlandslosen" Sozialdemokraten im Reichstag gebrauchte. Jedenfalls verhinderten SPD und CDU damit, daß erneut Gegner der Abschreckungs-

Theorie in den KDV-Ausschuß gewählt wurden.

Federführend dafür, daß auf der gemeinsamen Liste nur stramme Natoanhänger stehen durften, die nicht vom Friedensvirus befallen sind, dürfte der Bundeswehrmajor und SPD-Fraktionvorsitzende Horst Niggemeier gewesen sein. Der Bundeswehr droht, dank der geburtenschwachen Jahrgänge, die nun bald einberufen werden sollen, ein personelles Loch von knapp 10.000 Mann. Kriegsminister Wörner kann mit seinem Major Niggemeier zufrieden sein, der ist von den Nürnberger Beschlüssen der SPD nicht verseucht, Niggemeier und die SPD-Kreistagsfraktion sind verlässliche Kronzeugen für rechte CDU-Politik.



Poker um Umweltschutz und Arbeitsplätze

# BARFUSS in Oer- Erkenschwick

Obwohl Barfuß im Geschäftsjahr 1987 eine Umsatzsteigerung von 9,8 % ein "hervorragendes Ergebnis" erzielt hat, überlegt die Unternehmensleitung zunächst "mindestens die Hälfte unserer Belegschaft, ca. 700 Mitarbeiter, vielleicht sogar noch mehr, zu entlassen..." und kommt abschließend zu der Feststellung: "Genaugenommen ist also unser Werk gänzlich zu schließen."

Und dann setzen die Barfuß-Brüder in ihrem Neujahrsschreiben an die Beschäftigten noch einen drauf: "Eine groteske Vorstellung, daß wir uns mit unserem Betriebsrat zusammensetzen müßten, um über eine derartige Massenentlassung zu diskutieren. Sollte es wirklich im Ruhrgebiet dahin kommen, daß zu den arbeitslosen Stahlarbeitern, zu den Problemen im Bergbau sich noch 700 arbeitslose Fleischer gesellen? Eine weitere Verzögerung dieses Projektes auf Jahre hinaus wäre für die langfristige Entwicklung unseres Werkes so nachteilig, daß wir über andere Standorte für unsere Werkserweiterung nachdenken müßten."

## Dringend notwendige Kläranlage

Denn bei dem oben erwähnten Projekt handelt es sich um eine Kläranlage. Jeder, der an dem Barfuß-Betrieb vorbeifährt riecht eindringlich, wie notwendig eine Kläranlage ist. Seit Jahren steht Barfuß im Kreuzfeuer öffentlicher Kritik. Seit Jahren wird von Barfuß die Errichtung einer eigenen Werkskläranlage gefordert.



Durch die "schnelle Vergrößerung einer Fleischwarenfabrik in Oer-Erkenschwick" - so die alljährliche Erklärung des Lippeverbandes - war lediglich unterhalb der Einmündung des Dattelner Mühlenbachs eine Verschlechterung der Gewässergüte der Lippe zu verzeichnen. Selbst die Erweiterung der Kläranlage Dattelner Mühlenbach durch den Lippeverband brachte nur vorübergehend eine Erleichterung. "Die Fertigstellung einer Werkskläranlage zur Vorbehandlung des hoch belasteten Fleischerei-Abwassers bleibt aber dringlich", erklärte der Lippeverband.

Der SPD-Landtagsabgeordnete Karl-Heinz Rusche überraschte dann Mitte Dezember die Öffentlichkeit. In diesem Jahr soll auf dem erschlossenen Gelände mit dem Bau einer vollbiologischen Kläranlage begonnen werden. Die Anlage ist gekoppelt an ein Pilotprojekt zur Verarbeitung der anfallenden Biomasse.

Das Projekt wird wissenschaftlich begleitet von Professor Meier von der Uni Hannover, der in Fachkreisen den Beinamen "Tierpapst" trägt. Die Anlage soll eine einmalige Kombination aus Hochtechnologie und Umweltschutz werden und rund 33 Mio. DM kosten. Karl-Heinz Rusche informierte Funktionäre seiner Partei: "Es war nicht leicht, die notwendigen Zuschüsse zu besorgen. Deshalb hat sich auch der Bau hinausgezögert. Jetzt jedoch ist alles in trockenen Tüchern."

### Weitere Subventionen für Barfuß?

Davon ist allerdings in dem Neujahrsschreiben der Barfuß-Brüder nicht viel zu spüren. Massiv wird hierin der Lippeverband angegangen. Solange die finanzielle Förderung aus dem Abwasserabgabefonds des Lippeverbandes aussteht, könne die Erweiterung des Barfuß-Betriebes nicht begonnen werden.

Damit haben die Unternehmen aus der Stimbergstadt Land und Kommune wieder vor die Alternative gestellt:



hochbelastete Fleischerei-Abwässer von Barfuß münden unter dieser Brücke in den "Köttelbach"

Steuergelder für die Privatfirma oder die Fabrik verläßt Nordrhein-Westfalen! Und bislang war diese Vorgehensweise für Barfuß mehr als erfolgreich, wie die Planungen für die Erweiterung der Würstfabrik im Hübelkamp zeigen.

In ihrem Neujahrsschreiben an "die lieben Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen" kamen Gregor und Norbert Barfuß fast ins Schwärmen über die tolle Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung in Oer-Erkenschwick: "Sie sehen ja selbst, wie hervorragend wunderschön das Gelände durch die Stadt Oer-Erkenschwick erschlossen worden

ist."

Ja, das ist wahr. Das Gelände ist fertig planiert, die neuen Parkplätze sind angelegt, die Voraussetzung für eine ausreichende Straßenbeleuchtung ist geschaffen und alle notwendigen Versorgungsanschlüsse sind vorhanden.

Eines erwähnen die Barfuß-Brüder allerdings nicht: Dafür, daß Barfuß sich in Oer-Erkenschwick ansiedelte und hier bleibt, mußte die öffentliche Hand, d.h. der Steuerzahler, tief in die Tasche greifen. Um wirtschaftlich nicht nur von der Kohle abhängig zu sein, sah sich die

Anzeige



**GITARRREN  
LADEN**

UDO RÖSNER  
DORSTENER STR. 19  
4350 RECKLINGHAUSEN  
TEL. 02361/22249

GITARREN  
BÄSSE  
AMPS  
ZUBEHÖR  
NOTEN  
REPARATUREN  
ALLER ART  
... und vieles mehr.

Stadt damals gezwungen, andere Wirtschaftsbetriebe mit Millionen Unterstützungsgeldern nach Erkenschwick zu locken. Die Unternehmer nutzen natürlich die Tatsache, daß die Städte sich bei der Werbung von Betrieben

jetzigen Produktionsstätte und mißt 350.000 qm.

Der damals zuständige Minister Zöpel äußerte jedoch Bedenken: "Im angesprochenen Fall ist nach den mir bisher vorliegenden Unterlagen die Sachlage dabei so, daß die erschlossenen Grundstücke später zu einem Preis von 5.-

land die Firma neu aufzubauen. Erpressung oder Machtspiel? Das ist der ganz normale, unsoziale Kapitalismus. Was scheren sich die Barfuß-Brüder um die 1.500 Beschäftigten, die ihren Arbeitsplatz verlieren würden? Was schert sie die Tatsache, daß die Stadt Oer-Erkenschwick wegen ausbleibender Steuern und fehlender Kaufkraft an den Bettelstab gebracht wird? Wenigstens die



18 Mio. DM Fördermittel beantragte die Stadt Erkenschwick zur Erschließung des Geländes im Hübelkamp.

untereinander zu überbieten versuchen.

### Reichtum aus Kohle, Wald und Wurst

So kaufte die Stadt 1961 für 1,6 Mio. DM 400.000 qm Ackerland und Wiesen und erschloß mit weiteren Millionen das Gelände. Barfuß entschied sich bei einem solch verlockenden Angebot für eine Ansiedlung auf diesem Gelände. Stolz bemerkte Gerzenteck: "Unser Reichtum besteht aus Kohle, Wald und Wurst."

In den 80er Jahren war schon erkennbar, daß der heutige Betrieb bald aus allen Nähten platzen würde. Wieder war die Zeit gekommen, wo der Steuerzahler in Anspruch genommen wurde, um Barfuß in Oer-Erkenschwick und in NRW zu halten. 1981 beantragte die Stadt Oer-Erkenschwick 18 Mio. DM Fördermittel bei der NRW-Landesregierung zur Erschließung des Geländes im Hübelkamp. Dieses Gelände liegt sehr günstig direkt gegenüber der

DM an die Firma Barfuß abgegeben werden sollen; das bedeutet eine Subventionierung durch die öffentliche Hand von rund 86,- DM am erschlossenen Gelände. Dies ist ein Betrag, der außer gewöhnlich hoch über den vergleichbarer anderer Maßnahmen liegt. Es muß hier die Frage erlaubt sein, ob sich der Grundstückspreis für den Erwerber nicht näher an dem Marktpreis für solche erschlossenen Gewerbegebiete orientieren sollte."

### "Der ganz normale Kapitalismus"

Die Reaktion von Barfuß war unmißverständlich. 600 Arbeitsplätze würden geschaffen, wenn die Erweiterung über die Horneburger Straße gestattet werde. Wenn nicht, hätten die Brüder Barfuß die feste Absicht, nicht nur Oer-Erkenschwick sondern auch das Land NRW zu verlassen, um in einem anderen Bundes-

Gewinne stimmen.

Durch die massive Unterstützung der Stadtväter, insbesondere des SPD-Fraktionschefs Ernst Saland, dem Bürgermeister Heinz Netta und des Erkenschwicker SPD-Chefs und Landtagsabgeordneten, Karl-Heinz Rusche, wurde der Zuschuß für das zukünftige Barfuß-Gelände gesichert.

Ob Barfuß nun 5,- DM pro qm oder gar nichts für das erschlossene Gelände bezahlt hat, ist zumindest offiziell nicht bekannt. Bekannt ist, daß Barfuß selber für die Erweiterung seines Betriebes 40 - 50 Mio. DM vorgesehen hat, sich die Gesamtkosten der Erweiterung aber auf mindestens 75 Mio. DM belaufen

Merkwürdig ist allerdings, daß nach der Zusicherung öffentlicher Zuschüsse die SPD-Wahlkampfzeitung "ZaS" nun noch von "über 300 Ar



plätzen" sprach, die Erweiterung von außen zusätzlich geschaffen werden.

**Doch keine neuen Arbeitsplätze?!**

Hier drängt sich die Frage auf: Wieviele Arbeitsplätze werden denn nun tatsächlich neu geschaffen? Ist es nicht denkbar, daß am Ende, wenn alle neuen Produktionsanlagen stehen, gar keine Neuein-

stellungen erfolgen? Denn auf dem erschlossenen Gelände sollen immerhin modernste Produktionshallen und -anlagen errichtet werden. Dazu gehören Schlachtung, Zerlegung, Gefrierhaus, Energieversorgung, Bürotrakt und Kläranlage. In solchen Anlagen wird bei hohem technischem Standard und geringem Personalaufwand wesentlich mehr produziert. Außerdem hat Barfuß die feste Absicht, sehr bald zwei Schichten in der Schlachtung und Zerlegung einzurichten. Die Betriebsleitung muß auf einer Belegschaftsversammlung recht bald Klarheit schaffen. Die Beschäftigten wollen die Si-

cherheit ihres Arbeitsplatzes garantiert wissen.

Als Bonbon für die Beschäftigten hat sich Barfuß etwas Originelles einfallen lassen. Er kaufte die im Jahre 1925 erbaute Jugendherberge Oer-Erkenschwick vom finanziell geplagten Jugendherbergsverband. Über ein eingetragenes "Sozialwerk" will Barfuß der Öffentlichkeit und den Beschäftigten eine Stätte zur Freizeitgestaltung und Erholung schaffen. Wieviel ihm diese Idee gekostet hat, ist in der Öffentlichkeit unbekannt.

Detlev Beyer ■ ■ ■



Die Fa. Barfuß erhielt einen kompletten Parkplatz und Zufahrtswege.

**■ IMPRESSUM ■**

Der Holzwurm ist eine unabhängige Lokalzeitschrift. Alle Einkünfte werden ausschließlich für die Zeitschrift verwendet. Alle Redaktionsmitglieder arbeiten ehrenamtlich/unentgeltlich und sind über die unten angegebene Anschrift zu erreichen. Unabhängig von Anzeigenkunden, politischen Parteien und sonstigen Interessensgruppen versteht sich der HOLZWURM als Teil einer demokratischen Gegenöffentlichkeit. U.a. sollen Themen aufgegriffen werden, die in anderen lokalen Medien nicht oder nur unzureichend behandelt werden und es sollen Zusammenhänge dargestellt und diskutiert werden. Entscheidungen treffen beim HOLZWURM ausschließlich und gleichberechtigt die Mitarbeiter/innen. Der verantwortliche Redakteur wird ausschließlich angegeben, um dem Pressegesetz genüge zu tun.

Der HOLZWURM erscheint 11mal im Jahr jeweils zum Monatsanfang. +++ Druck und Herausgeber: "Ziegelbrenner" Verlagsgesellschaft m.b.H. +++ Einzelheft: 2,- DM +++ Abonnement: 25 DM/ Förderabonnement 40 DM

und mehr +++ Private Kleinanzeigen sind kostenlos/ Gewerbliche Anzeigen laut Anzeigenpreisliste 1/86 +++

ISSN 0176 - 8174

Redaktionsanschrift: Münsterstr. 2a, 4350 Recklinghausen (Innenstadt), Telefon 02361/15698.  
Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Recklinghausen, Konto: 10 100 55 200 (BLZ 426 101 12)

Presserechtlich Verantwortlicher dieser Ausgabe: Ralf Kropla.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden vom jeweiligen Autor presserechtlich verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Nächster Redaktionsschluß: 16.2.1988

Artikel, Beiträge, Leserbriefe, Hinweise, Zeichnungen m. werden von der Redaktion gerne angenommen. Mitarbeiter kann auch jeder. Vom Schreiben der Artikel, das Tippen (Satz), der Gestaltung (Layout) bis hin zum Druck und dem Vertrieb wird im HOLZWURM alles von Mitarbeitern selbst erledigt.

## Niggemeier zensiert Kritik in der

## Haushaltsrede

# Kasernenhofdemokratie

in

Datteln



In Datteln gehen ja die Uhren der Demokratie bekanntlich anders als im übrigen NRW. Kürzlich bereicherte Major Niggemeier die Dattelner Demokratie um eine neue Variante. Dem Grünen Rats Herrn Paul Jömann wurde während der Haushaltsrede das Wort entzogen. Einmalig in Nordrheinwestfalen.

Das Wort wurde dem Grünen Ratsmitglied speziell an dem Punkt entzogen, an dem sich Jömann kritisch mit dem IGBE-Überbrückungskonzept auseinandersetzte, dem Konzept dem der Rat der Stadt Datteln in der Sitzung zuvor mit den Stimmen von SPD und CDU bedingungslos zustimmte.

Denn wer es im Dattelner Rat wagt das IGBE-Konzept zu kritisieren, dem wird vom Chefredakteur der IGBE-Zeitung "einheit", Herrn Niggemeier, das Wort entzogen.

Paul Jömann sagte:

"Nun wird von SPD und CDU - den vollinhaltlichen Unterstützern des IGBE-Überbrückungskonzeptes - behauptet, der Kapazitätsabbau bei der Steinkohle sei unausweichlich notwendig. Das stimmt so nicht. Wenn ein Standbein der Kohle wegen der Stahlkrise schrumpft, hätte das Energiestandbein verstärkt werden können und müssen. Die Apostel der Kohle und Kernenergie-Philosophie stehen den Interessen der Kohle im Weg. Sie haben sich dank Schmidts verfehlter Atompolitik auf den falschen Weg be-



Kasernenhofdemokrat Horst Niggemeier

geben und sich einen rabiaten Konkurrenten großgezogen. Und nun haben sie nicht mehr die Kraft zur Wende.

Im letzten Jahr, in den letzten Wochen ist deutlich geworden, daß man im Ruhrgebiet kämpfen kann. Betroffene haben gut gelernt, wie man den eigenen Widerstand organisiert. Hätte man rechtzeitig - besonders auch nach Tschernobyl - und ausreichend gegen die Atomenergie gearbeitet, wäre eine so traurige Schrumpfungskohlerunde mit einem solchen Ergebnis erspart geblieben, das Wohlverhalten, im Überbrückungskonzept höflich angeboten, Herr Niggemeier und Co, hat sich nicht ausgezahlt. Glauben Sie wirklich, daß Ersatzarbeitsplätze in dem Ausmaß kommen, wie Sie Arbeitsplätze abräumen lassen? Was ist denn aus Ihrem Vorschlag geworden, die Atomkraft zumindest zeitweise zu drosseln? Ist darüber jemals ernsthaft geredet worden, redet nach der Kohlerunde jemand davon? Peinliches Totschweigen..."

Major Niggemeier unterbrach an dieser Stelle dann zum zweiten Mal. Schon vorher hatte er Herrn Jömann wegen "Abschweifens vom Thema" zur Ordnung gerufen, jetzt entzog er ihm zu diesem Tageordnungspunkt das Wort. Ein zweiter Sprecher der Fraktion der Wählergemeinschaft der Grünen, Alfred

Schwider, trug anschließend den zweiten Teil der Haushaltsrede der Grünen vor, in der die Ablehnung des Haushaltes im einzelnen begründet wurde.

Jömann konnte nur etwa zwei Drittel seines Teils der Haushaltsrede vorbringen. Im letzten Drittel, das durch Bürgermeister Niggemeier unterdrückt wurde, wollte er noch auf folgende Punkte eingehen:

- die Chancen der Kohle beim Ausstieg aus der Atomenergie,
- die atomfreundliche Rolle der Veba in der Ruhrkohle AG,
- die Tolerierung des VEW-Kraftwerkes in Lingen,
- das Handlungskonzept für den Emscher-Lippe Raum, die Zukunftsinitiative Montanregionen,
- die Herrichtung von Industriebrachen in Datteln,
- die Ansiedlung von Klein- und Mittelbetrieben in unserer Nachbargemeinde und auf
- weitere Maßnahmen der Wirtschaftsförderung am Ort, um die Situation zu verbessern.

Ihren Erfolg beim weiteren Abbau der kommunalen Demokratie konnten Horst "fest steht und treu die Wacht" Niggemeier und seine vaterländischen Freunde aus dem Rat der Stadt Datteln am 18.12.'87 in der Haardkaserne feiern. Bei einem "Empfang des Rates mit Damen" war man unter sich, wurde durch Grüne Pazifisten nicht gestört. Die Kasernenhofdemokraten haben einmal mehr zugeschlagen.

"Wegtreten"

■ ■ ■  
Anzeige

20.2.88  
FUTON-FETE!  
BEI AKZENTA!

Eröffnungs- Angebote

AKZENTA

F U T O N - G A L E R I E

Turmstr.2/ Münsterstr. 8  
4350 Recklinghausen

Roßhaar-, Kokos-, Schafwolleinlagen, Kinderfutons, Latexmatratzen, Stoffe, Betten

## Aids-Diskussion

# Statt Propaganda: Humane Sexualaufklärung

Das Kölner Volksblatt veröffentlichte im November '87 einen Beitrag zur Aids-Diskussion, der sich mit der staatlichen Anti-Aids-Kampagne auseinandersetzt. In ihrem Artikel zeigt die Kölner Autorin Dr. Bärbel Kreidt (Mitarbeiterin bei Pro Familia in Köln), die hinter der "Aufklärungswelle" stehenden Möglichkeiten sexueller Unterdrückung auf. Wie dagegen eine humane Sexualaufklärung aussehen könnte, skizziert Frau Dr. Kreidt im zweiten Teil ihrer, nun folgenden, Ausführungen.

Wenn heute - angesichts der Erkrankung Aids - bei Politikern das Thema Sexualität und Sexualerziehung auf einmal fast zwanghaft "in" ist, dann darf man ausgesprochen mißtrauisch werden. Wer sind denn diejenigen, die da auf einmal ihr Herz für Sexualaufklärung und die Jugend entdeckt haben?

■ Es sind dieselben, die mit dem neuen "Beratungsgesetz" versuchen, Abtreibungen wieder nahezu unmöglich zu machen;

■ die fortschrittliche Unterrichtsmaterialien zur Sexualkunde, wie das Heft "Betrifft Sexualität" als jugendgefährdend einstampfen lassen;

■ die erotische Literatur von Nancy Friday und Anaïs Nin auf den Index setzten, gegen Pornographie aber nichts einzuwenden haben;

■ es sind diejenigen, die sich bis heute weigern, der Pro Familia Gelder für die außerschulische Sexualpädagogik zu bewilligen, um damit auch die Zahl ungewollter Schwangerschaften bei Jugendlichen zu senken;

■ die Aids-kranke Schwule wie Verbrecher behandeln und sich öffentlich um deren "Ausdünnung" Gedanken machen;

■ die Prostituierte strengen Kontrollen unterziehen, über das massenhafte Risikoverhalten der Freier aber den Mantel des Schweigens breiten;

■ es sind dieselben, die nie auf die Idee gekommen sind (und es auch in Zukunft nicht sein werden), eine Anti-Vergewaltigungskampagne zu starten, obwohl davon ungleich viel mehr Frauen





bedroht und traumatisiert sind als durch Aids.

### Konservative Sexual- und Frauenpolitik

Die Anti-Aids-Kampagne in den Schulen muß also etwas anderes bezwecken, als den Schutz der Jugendlichen vor Gefahren der Sexualität. Schon gar nicht geht es um Aufklärung, die freie, selbstbestimmte und lustvolle Sexualität ermöglicht.

Meines Erachtens wird die Aids-Bekämpfung deshalb zur gigantischen Kampagne hochstilisiert, weil all die irrationalen Ängste, die mit dieser Erkrankung hochgespült werden, es ermöglichen, extrem konservative, sexual- und frauenfeindliche Maßnahmen durchzusetzen, die normalerweise nicht so einfach durchkommen würden.

Die Anti-Aids-Kampagne ist ihrem Wesen nach sexualfeindlich. Sie wird nicht zu einem Mehr an Verantwortlichkeit und Selbstverantwortlichkeit führen, dafür aber zu einem Mehr an Sexualunterdrückung.

### Sexuelle "Revolution"

Und es scheint, als wäre das auch gar nicht so schwer durchzusetzen. Aids hat in erschreckender Deutlichkeit vor Augen geführt, wie dünn und brüchig die Decke wirklicher sexueller Befreiung ist, die die vergangenen Jahre der "sexuellen Revolution" bewirkt hat. Der Belastung von Aids hält sie kaum stand - alte und uralte Vorurteile

brechen hervor und werden wieder lebendig, obwohl sie schon totgeglaubt schienen. Dasselbe gilt für die Wiederauferstehung alter Normvorstellungen von "gut" und "schlecht" im Sexualverhalten.

Nur ein verschwindend kleiner Teil der Veränderungen in den letzten Jahrzehnten ist als wirkliche und dauerhafte Befreiung zu sehen, der Rest ist sexuelle Libertinage, mehr durch neue Normen als durch wirkliche sexuelle Freiheit und Gleichberechtigung gekennzeichnet.

Worin ich mit den Politikern übereinstimme, ist, daß Sexualaufklärung und -erziehung wichtig ist. Das ist aber auch schon alles. Und vor allem hatte ich diese Auffassung schon vor Aids.

### Ziele einer humanen Sexualaufklärung

Was ich mir unter Sexualaufklärung und -erziehung vorstelle - mit oder ohne Aids - das möchte ich kurz erläutern:

■ Sexualaufklärung sollte Hilfe zur Selbstfindung sein, gedacht als Orientierungshilfe und Gesprächsbereitschaft, nicht als Gängelung und Bevormundung.

Dies ist in erster Linie Sache der Eltern und vertrauter Erwachsener, nicht der Politiker. In diesem Sinne ist Sexualaufklärung der Erwachsenen ebenso wichtig wie die der Jugendlichen, wenn nicht sogar wichtiger. Denn der weitaus größere Teil der Erziehung läuft gerade nicht über Gespräche, sondern über das Lernen am Modell. Posi-

tive Modelle in Sachen Sexualität sind jedoch nach wie vor mit der Lupe zu suchen.

■ Unterstützung und Anleitung darin, den eigenen Körper und dessen sinnlich-sexuelles Potential zu entdecken und mit Lust zu nutzen. Dazu gehört das Thema Selbstbefriedigung - immer noch ein Tabu-Thema, vor



allem für die Erwachsenen.

■ Die Ermöglichung freier Kommunikation zwischen Mädchen und Jungen über ihre sexuellen Bedürfnisse und auch Ängste. Das ist aber nur dann möglich, wenn der oder die Erwachsene selbst in der Lage ist, ungezwungen über sexuelle Fragen reden zu können, also auch hier ein positives Modell abgibt. Wer Worte wie: vögeln, Sex, Möse, Schwanz, fummeln, Selbstbefriedigung etc. nicht in den Mund nehmen mag, der sollte mit Sexualerziehung möglichst erstmal nicht anfangen.

■ Hilfe und Unterstützung dabei, lustvolle Sexualität zu leben - und sich gleichzeitig so gut wie möglich vor Gefahren zu schützen. Zu den Gefahren gehören an erster Stelle ungewollte Schwangerschaften, Gewalt in der Sexualität, dann auch Aids.

■ Bewußte Einflußnahme auf das überkommene Rollenverhalten von Mädchen und Jungen. Das bedeutet: bei den Mädchen das Selbstbewußtsein zu stärken, das ihnen den Mut gibt, von

ihren Partnern Mitverantwortlichkeit zu fordern, sei es zur Verhütung ungewollter Schwangerschaft oder Schutz vor Infektion.

Auf der andern Seite ist es nötig, bei den Jungen (bzw. Männern) ein Bewußtsein zu fördern, das Verantwortlichkeit für mögliche Folgen der Sexualität miteinbezieht. Diese Aufgabe ist absolut vorrangig, denn erstmals sind Männer direkt konfrontiert mit echten Gefahren in der Sexualität, anders als Frauen. Sie sind es nicht gewöhnt, sich über Konsequenzen Sorgen zu machen, Sorgen machen zu müssen, besser gesagt, sie sind verwöhnt. Denn die Sorgen wurden ihnen weitgehend von den Frauen abgenommen.

■ Es geht auch um Hilfe bei der Suche nach der eigenen sexuellen Identität, z.B. um die Möglichkeit fragen zu können: Bin ich schwul - oder lesbisch - oder heterosexuell? Und darf ich das auch sein, ohne dafür verachtet zu werden?

Es sind nur einige wenige

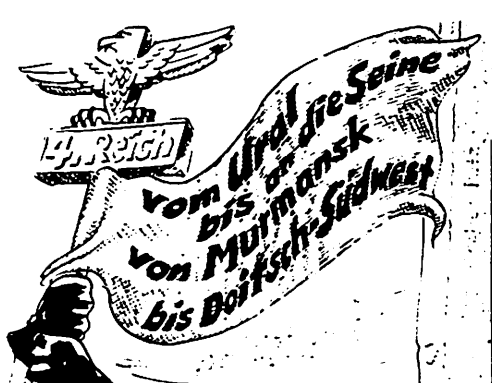
Themenbereiche der Sexualaufklärung genannt. Entscheidend scheint mir aber nicht die Anzahl der Themen, die angesprochen werden, sondern die Zielsetzung der Sexualerziehung.

Gute Sexualaufklärung kann dazu führen, daß Sexualität im möglichst großen Umfang werden kann, was sie meines Erachtens ist: eine der schönsten Bereicherungen des Lebens, Teil der Selbstverwirklichung und lustvollste Form menschlicher Begegnung. Man kann mit Sexualerziehung aber ebenso gut das glatte Gegenteil erreichen - das ist es, was wir momentan bei der Anti-Aids-Kampagne miterleben.

Dr. Bärbel Kreidt  
■ ■ ■

Heft 10 2. Jahrgang DM 1.00

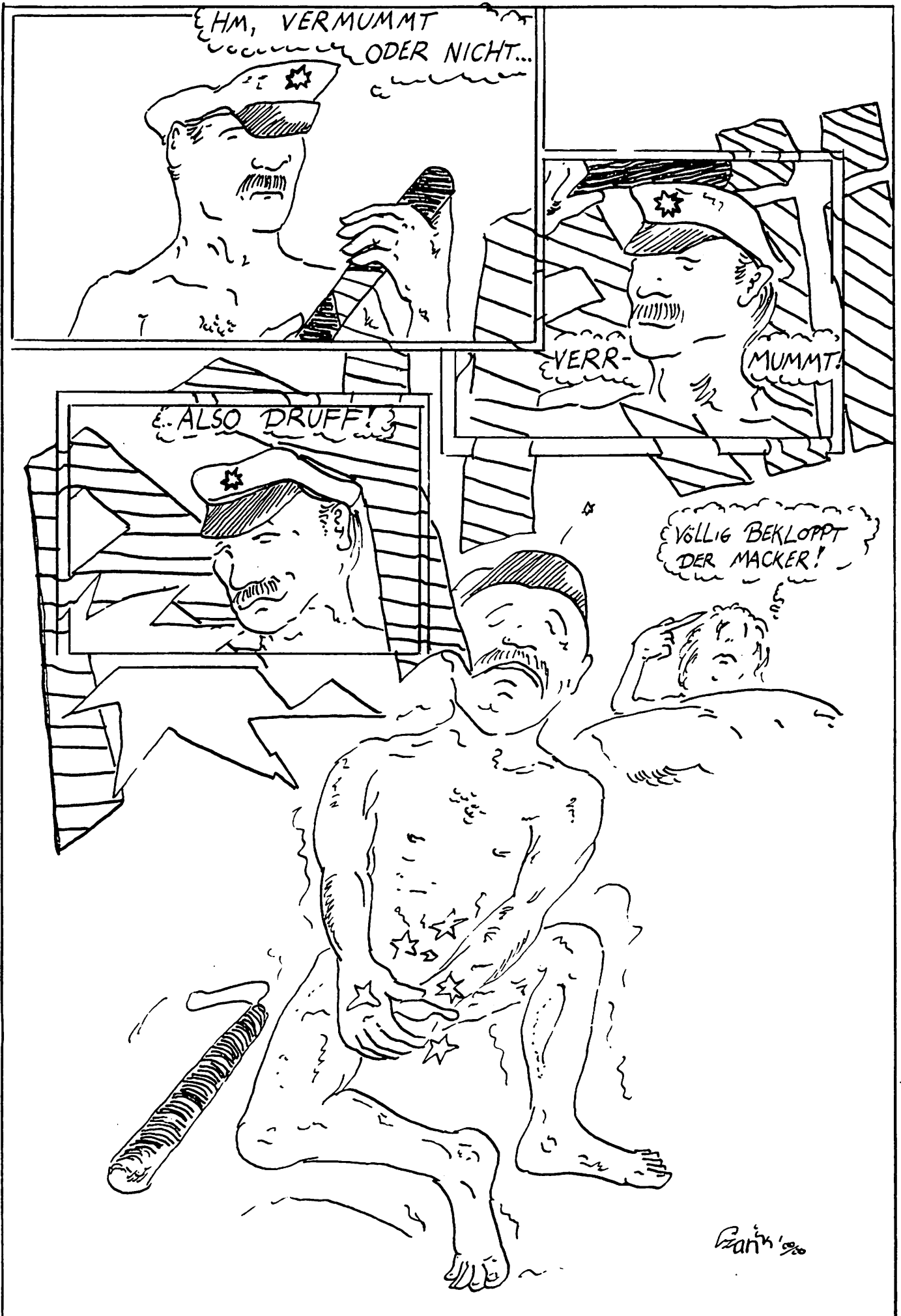
**Antifaz**  
Antifaschistische Zeitung  
== Für den Kreis Recklinghausen und Umgebung ==



DEMONSTRATION GEGEN  
SKINHEADTREFFEN IN  
RECKLINGHAUSEN  
-GROSSER ERFOLG DER  
ANTIFASCHISTISCHEN  
AKTIONSEINHEIT!



BERICHT ZUR LANDESWEITEN KONFERENZ DER  
ANTIFASCHISTISCHEN INITIATIVEN UND  
ORANISATIONEN IN BIELFELD AM 12.12.87



**Stirbt der Wald,  
stirbt der Mensch:**

**Stoppt weitere Kredite**

**zur**

**Vernichtung Amazoniens!**

**Initiativgruppen protestieren gegen  
Energieprogramm der Weltbank**

In kaum einer anderen Region dieser Erde sind die Folgen der Weltmarktkrise so deutlich zu spüren wie im Großraum Amazonien. In Brasilien, der achtgrößten Industriemacht der Welt, lebt etwa die Hälfte der Bevölkerung in Armut und Elend. Ein Viertel der Arbeitsfähigen ist arbeitslos oder unterbeschäftigt, und von den 50,2 Mio Beschäftigten erhalten 13% gar keinen Lohn und 30% weniger als den staatlich festgesetzten Mindestlohn.

Die bislang sektoral erreichten ökonomischen Erfolge Brasiliens haben keine Überwindung des Elends breiter Massen bewirken können, und auch in Zukunft ist die gesellschaftliche Entwicklung durch die Verschuldungskrise gefährdet.

Eine unreflektierte Ausbeutung bzw. Gefährdung der Region Amazonien durch Großprojekte bei der Erzförderung und -verhüttung und in Land-, Vieh- und Forstwirtschaft

ist die Folge dieser hohen Schuldenlast, wobei die Industrienationen in doppelter Hinsicht profitieren: Zinsen + Rohstoffe!

Darüber hinaus sind die sozialen Probleme (Landvertreibung/Bedrohung der letzten Indianerstämme) und die ökologischen Zerstörungen von Jahr zu Jahr spektakulärer.

Von den tropischen Regenwäldern, die Ende der 70er Jahre laut UNESCO weltweit etwa 700 Mio Hektar bedeckten, befinden sich fast drei Viertel im Amazonasbecken und davon über die Hälfte in seinem brasilianischen Teil, nämlich ca. 360 Mio ha. Der Feuchtwald ist aber nicht nur Ressource für die Holzverarbeitung, er ist auch Grund-

lage und Produzent des regionalen und des globalen Klimas, ein bedeutender Lebensraum für eine vielfältige Flora und Fauna, ein unverzichtbarer genetischer Speicher.

Die Abholzung des Regenwaldes führt zu einer Zerstörung des Lebensraumes für Menschen, Tiere und Pflanzen, das Klima wird verändert. Durch die Verbrennung von Brennstoffen und die Entwaldung ist die  $\text{CO}_2$ -Menge in der Atmosphäre um 15% an-



gestiegen; daraus resultiert in diesem Jahrhundert noch keine merkliche Aufheizung der unteren Schichten der Atmosphäre, wohl aber ist hiermit für den Beginn des kommenden Jahrhunderts zu rechnen.

Nach einer Berechnung von Fearnside (1982) kann bei einer andauernden Abholzung des amazonischen Regenwaldes seine vollständige Vernichtung nicht ausgeschlossen werden. Er prognostiziert bei ungebrochener Fortsetzung des Holzeinschlags, daß der Regenwald schon 1991 nicht mehr (regional) existieren wird.

In Rodonia, Goias und Mato Grosso wäre der Feuchtwald schon 1988 oder 1989 zerstört, im Staat Amazonas im Jahre 2003, in Pará 1991. Wenn es auch anderslautende Stimmen gibt, so läßt sich eine massive Bedrohung nicht leugnen.

Die u.a. vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ) so gelobten Wiederaufforstungsprogramme halten weder quantitativ mit der Holzeinschlagsrate mit noch ersetzen sie das komplexe, vielfältige System des Regenwaldes; mit ihnen werden lediglich monokulturelle "Holzfabriken" geschaffen.

Während nach einer Studie aus dem Jahre 1980 die Wald- und Holzreserven der Industrieländer auch im Jahre 2000 noch ungefähr erhalten sein werden, schrumpfen die Bestände der Dritten Welt rapide: Allein in Amazonien stieg die abgeholzte Fläche zwischen 1975 und 1980 von 2,8 auf 12,4 Mio ha.

Beate von Devivière (1984) bemängelt, daß Teile des östlichen und des südlichen Amazonasgebietes (Pará, Mato Grosso und Rondônia) bis 1990 durch Viehzucht, Siedler und Waldwirtschaft weitgehend und mit großer Geschwindigkeit umgewandelt werden, daß Teile der brasilianischen Amazonaswälder (Tiefenlandregenwälder) hauptsächlich in Ampa, Acre (entlang der Transamazonica) durch Siedler, Waldwirtschaft, Rinderzucht und Holzabbau bis 1990 in mäßiger Geschwindigkeit umgewandelt werden.

Wenn auch das Bundeswirtschaftsministerium betont, Brasilien spiele derzeit als

Holzlieferant eine untergeordnete Rolle, so ist nicht zu verkennen, daß zum Beispiel auch der "Verein Deutscher Holzeinfuhrhäuser e.V." in seinem Jahresbericht 1986 in Brasilien einen kommenden Markt sieht. In Verbindung mit den bereits erwähnten Gründen für eine Ausbeutung Amazoniens (Rohstoffe/Viehwirtschaft) dürfte die mehr und mehr einsetzende Holzausbeutung der Region (soweit möglich) ein weiterer Störfaktor sein.

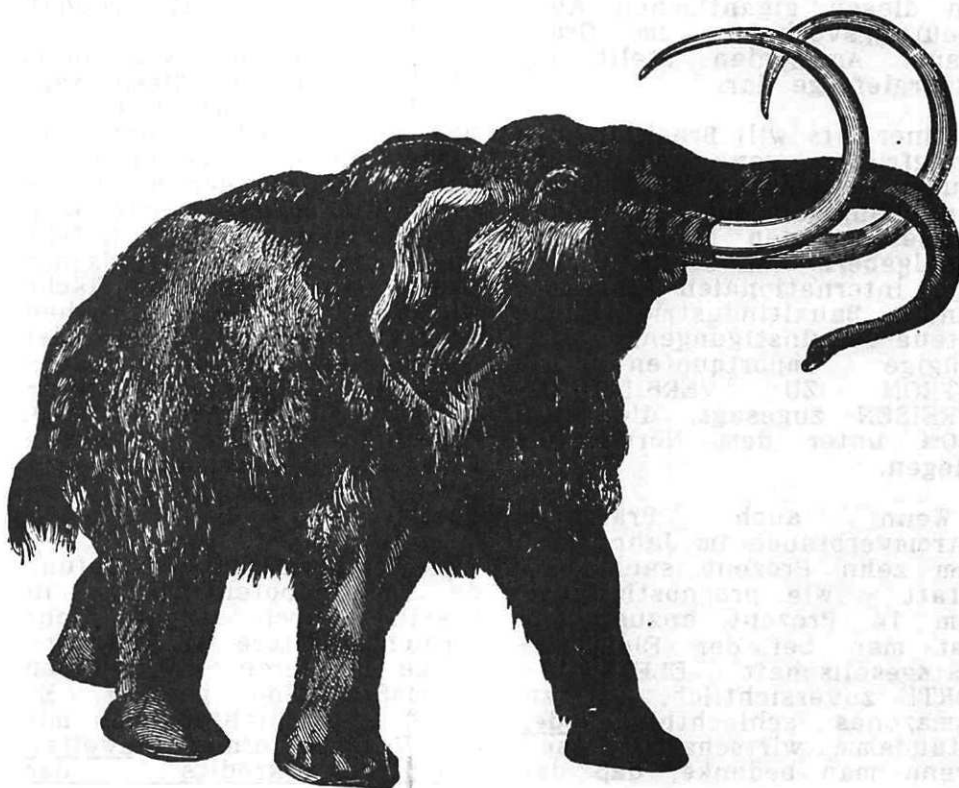
Letztlich ist auch die Anlage sogenannter Baumplantagen (Regenwaldgebiete werden für die Pflanzungen schnellwüchsiger Baumarten geopfert...) ein ernstzunehmender Faktor, denn Plantagenwirtschaften unterliegen den gleichen Naturgesetzen wie alle anderen Monokulturen: Sie ziehen Krankheiten, Schädlinge an; der nährstoffarme Urwaldboden wird durch die Setzlinge noch ärmer, riesige Mengen von Düngern sind erforderlich, um die gewünschte Produktivität zu erzielen (z.B. Baumplantagen zur Gewinnung von Zellulose zur Papierherstellung).

Ein Fazit ist niederschmetternd: Auf vielfältige Weise tragen die Vertreter der Industrienationen zur Zerstörung der Regenwälder bei: Europa ist mit 40% des Weltverbrauchs an tropischem Holz der zweitgrößte Verbraucher, gleich nach Japan mit 48%.

Mit jedem Biß in einen Hamburger zerstören wir ein Stück Regenwald, denn schließlich machen "fast-food"-Ketten, wie Mc Donalds u.a., die von großen Rinderfarmen in Lateinamerika und andernorts ihr Fleisch beziehen, auch bei uns immer größere Gewinne, wenn auch hiesige Fleischklöpfe aus deutschem Fleisch hergestellt werden - wobei die EG-Rindvieher fleißig mit brasilianischem Sojaschrot gefüttert werden.

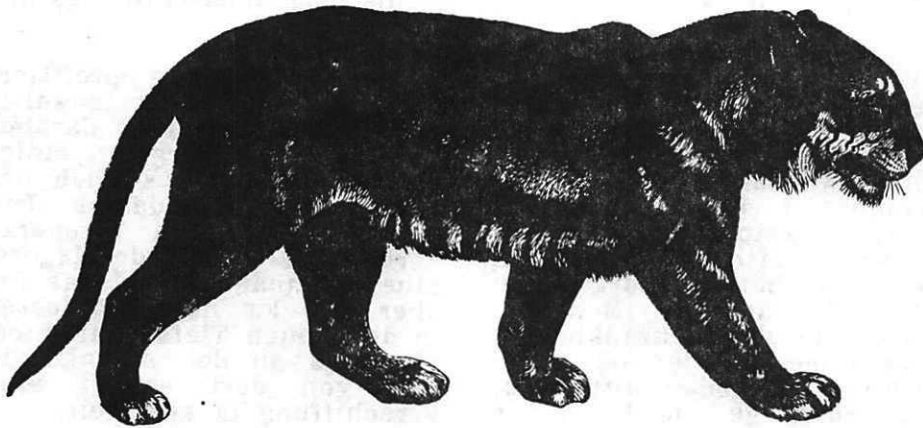
Und zur Krönung profitiert die EG auch ganz gewaltig von dem Großprojekt Carajás, wo in den Bergen, einige hundert Kilometer südlich des gigantischen Staudamms Tucuruí, die größten Eisenerzvorkommen der Erde lagern. Eine Eisenbahn bringt das Erz über 880 km nach Nordosten in den neuen Tiefseehafen bei São Luis an der Atlantikküste; von dort erfolgt eine Verschiffung in alle Welt.

Das fünf Milliarden-Dollar-Projekt wurde, bzw. wird von Brasilien und einer Anzahl ausländischer Geldgeber mitfinanziert, dabei vier japanische Finanzunternehmen, verschiedene amerikanische Banken, die WELTBANK und die Europäische Gemeinschaft, die sieben, bzw. zehn Prozent der Kosten finanzieren. Als "Entschädigung" für das EG-Darlehen soll die europäische Stahlindustrie in Zukunft Ei-



senerzlieferungen zu garantierten Vorzugspreisen bekommen, die von brasilianischen Oppositionspolitikern mit vollem Recht als "Bananenpreise" bezeichnet werden.

In vielen Bereichen nimmt die Schuldenklaverei Brasiliens beängstigende Ausmaße an, wobei es nicht selten an der Engstirnigkeit der "ent-



wickelten" Welt legt, daß Änderungen unmöglich erscheinen.

Zum großen Crajás-Projekt gehören in Zukunft bis zu 30 andere Bergwerke sowie metallverarbeitende Industrien, Wasserkraftwerke, forst-, vieh- und landwirtschaftliche Projekte. Zehn neue Städte müssen für die Arbeiter und Zuwanderer gebaut werden. Einen entscheidenden Faktor in diesen gigantischen Ausbeutungsvorhaben im Großraum Amazonien stellt die Energiefrage dar.

Einerseits will Brasilien sich langfristig von hohen und zudem teuren Oleinfuhren unabhängiger machen, andererseits wurden ausländischen Geldgebern zur Unterstützung der internationalen Eisenerz- und Bauxitindustrie hohe Steuervergünstigungen, großzügige Importquoten und STROM ZU VERBILLIGTEN PREISEN zugesagt, die etwa 30% unter dem Normalpreis liegen.

Wenn auch Brasiliens Stromverbrauch im Jahre 1981 um zehn Prozent sank, anstatt - wie prognostiziert - um 14 Prozent anzusteigen, ist man bei der Elektrizitätsgesellschaft ELEKTRON-ORTE zuversichtlich, daß am Amazonas schlechthin jeder Staudamm wirtschaftlich sei, wenn man bedenke, daß das

Land "nichts" koste! Der einzige Preis ist eben der für die Umwelt!

Das Amazonas-Flußsystem speichert etwa 40% des hydroelektrischen Gesamtpotentials Brasiliens, nämlich ca. 48.700 MW/Jahr von insgesamt 106.570 MW/Jahr! Schätzungen besagen, daß der neue Reichtum, den Amazonien export-

ieren kann, nicht zuletzt seine großen hydroelektrischen Energien sind, obwohl der Transport von Strom noch bekanntermaßen große Probleme mit sich führt.

Wenn auch Wasserkraft eine Schlüsselrolle i. d. Ausbeutung des Amazonasraumes einnimmt (Erzeugung von Wärme/die Prozessierung der Rohstoffe), so sind die Auswirkungen in ökologischer und sozialer Hinsicht katastrophal.

Bei dem Bau der Staudamms TUCURUI wurden diese sehr früh prognostiziert, bzw. wenig später auch schon beklagt: Indianer verloren ihr Gebiet; Fäulnis der nicht geräumten Biomasse führte nach der Flutung zu einer Gefahr durch Freisetzung toxischer Gase; die Wasseroberfläche wurde mit Wasserhyazynthen überwuchert, so daß mit der reduzierten Lichtdurchlässigkeit die Bildung von Phytoplankton verringert wurde; Nahrung für Fische ging zurück, und die Anwohner verloren eine wichtige Proteinquelle!

Die maximale Ausschöpfung des Energiepotentials ist in Brasilien noch längst nicht erreicht, weitere Wasserkraftwerke mittleren und großen Ausmaßes sind geplant. Es steht zu befürchten, daß mit der Vergabe eines zweiten Energiesektorkredits der

Weltbank für Brasilien eine dramatische Zuspitzung des hier grob skizzierten Trends in verschiedenen Bereichen erzielt wird.

Nicht zuletzt die hohe Auslandsverschuldung und das daraus resultierende rege Interesse der brasilianischen Regierung, das ausländische Kapital zu hofieren, führten dazu, daß auch in Zukunft bei den ohnehin überflüssigen Staudammprojekten (denn sie dienen lediglich der Vernichtung einer der wichtigsten Naturgebiete unserer Erde!) ökologische und soziale Gesichtspunkte wenig beachtet werden. Wenn man auch aufgrund wachsenden Drucks im In- und Ausland mittlerweile zu Minimalbekenntnissen gelangt ist, so bleibt es doch fraglich, ob ein Überleben von Mensch und Natur in Amazonien gesichert werden.

Der Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit im Deutschen Bundestag meldete bereits gegen den ersten Energiesektorkredit der Weltbank für Brasilien arge Bedenken an, während man im Bundesministerium für Wirtschaftli-



che Zusammenarbeit (BMZ) behauptete, ökologische Notwendigkeiten und der Schutz indianischer Minderheiten wären auch hier schon eine

Selbstverständlichkeit gewesen.

Am 9. Dez. 1987 beratschlagte der Ausschuß für Wirtschaftliche Zusammenarbeit unter dem Vorsitz von Prof. Uwe Holtz (SPD) über den 2. Energiesektorkredit der



Weltbank, wobei auf eine telefonische Anfrage der Kampagne schon deutlich wurde, daß die gerühmten Kontakte des BMZ mit Ökologie-Kommissionen in Brasilien wohl eher als Wortgeklänge zu deuten sind, denn diese sind überaus regierungsfreundlich, also im besten Sinne schließlich exportorientiert.

Den Mitgliedern der Kampagne "Mandacarú: Widerstand gegen tödliche Hilfe" geht es in erster Linie um eine breitgefächerte Sensibilisierung an der Basis. Der Schutz und die Erhaltung/Rettung Amazoniens können nur erreicht werden, wenn sich über eine dünne Schicht Wissender hinaus eine breite Bewegung formiert, die durch praktisches Handeln im Alltag dokumentiert, daß ihr das Schicksal Amazoniens (und natürlich auch anderer Regenwaldgebiete der Erde) am Herzen liegt.

Einen solchen Umdenkungsprozeß kann man nach Ansicht der Mitglieder von Mandacarú auf verschiedenen Wegen erreichen. Diese seien hier nur grob skizziert:

a) Proklamation des generellen Verzichts auf tropische Hölzer, die bei uns u.a. in der Möbelindustrie und in der Bauzimmerei Verwendung finden.

b) Konsequenter Boykott aller "fast-food"-Ketten, da diese durch ihre internationale Politik zur Vernichtung des Regenwaldes beitragen.

c) Beständige Intervention bei allen politischen Instanzen, um eine sensiblere Vor-

gehensweise zu fordern, den Verzicht auf tropische Hölzer anzuregen, um das Auftreten in den internationalen Kommissionen langfristig umzugestalten.

d) Briefliche Proteste beim BMZ gegen eine erneute Manifestation des Vernichtungstrends in Amazonien durch eine vorschnelle und unreflektierte Zustimmung zu einem 2. Energiesektorkredit für Brasilien, einhergehend mit der Forderung nach einem generellen Verzicht auf das hydroelektrische Programm.

e) stete Hinweise auf den hohen Grad von Handlungsmöglichkeiten der Bundesrepublik Deutschland innerhalb der Weltbank, wenn auch vom BMZ immer behauptet wird, bei einem Stimmrechtsanteil von 5,49% seien die Handlungsmöglichkeiten gering!

Das erste Ziel muß es sein, gegen die drohenden Tenden-

zen, die mit einem 2. Energiesektorkredit der Weltbank verbunden sind, lautstark zu protestieren! Hierzu bedarf es einer Intervention bei allen Parteien, allen aufgeschlossenen Politikern, bei der Bundesregierung und bei der Weltbank!

Wir fordern somit alle Gruppen, Privatpersonen und Verbände auf, diesbezüglich die Initiative zu ergreifen. Erst im MÄRZ 1988 soll endgültig über den Kredit entschieden werden; es bleibt also noch Zeit! Zudem bitten wir um eine Thematisierung der grundsätzlichen Problematik. Mit dem Wald stirbt der Mensch, verhindern wir den Tod Amazoniens, noch könnte es früh genug sein!

Mandacarú: Widerstand gegen tödliche Hilfe

AK 3. Welt St. Peter

Thomas Hax/Georg Haneke

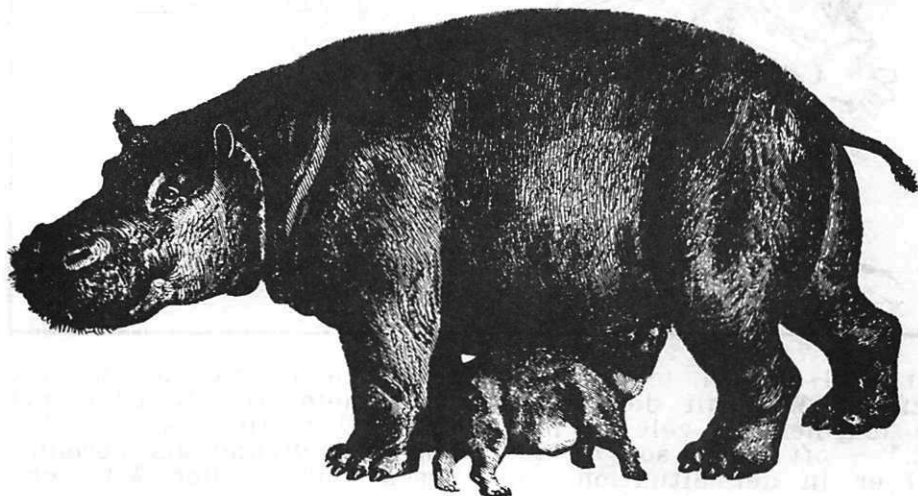
Die Informationen wurden den, sehr lesenswerten, Büchern "SACHZWANG WELTMARKT" von Elmar Altvater (1987) und "DER REGENWALD" von Catherine Caufield (1987) entnommen!

Kontaktadressen:

AK 3. Welt St. Peter  
c/o Thomas Hax/Georg Haneke  
Kirchplatz 4  
4350 Recklinghausen

für den Bereich "fast-food"

Oliver Weiland  
Fast Food Info- und Koordinationsbüro  
c/o Dritte Welt-Haus  
Friesengasse 13  
6000 Frankfurt am Main 90  
Tel.: 069/ 70 44 87



# ALLE WÜSTEN

Es ist immer interessant, das Phänomen des Lachens zu untersuchen. Offensichtlich lacht jeder Mensch gern, zumindest lacht er aber lieber als daß er weint. Doch das Lachen ist eine äußerst zwiespältige und weitgreifende Angelegenheit. Es verweist auf einen leiblichen Ausdruck des Menschen (Plessner), auf eine Distanzierung von der eigenen Ratio und dem Verstand (Freud), oder gar auf eine Verausgabung und Verschwendung überschüssiger Energie, die vergleichbar mit der Erotik ist (Bataille).

Man lacht in der Regel über einen Witz, der sich spontan in der Situation ergibt und deren Ordnung auf den Kopf stellt, wenn z.B. jemand unabsichtlich etwas zweideutiges sagt oder tut. Demgegenüber kommt der nicht-spontane Witz - eingeleitet durch:

künstliches Lachen erzwingen will.

Peinliches Schweigen oder mitleidiges Lächeln sind die Folge. Lachen kann man nur in einer gemeinsamen Situation, die den Teilnehmern relativ vertraut sein muß. Die gemeinsame Situation entscheidet auch über den Erfolg eines Witzes. Ausländer können über deutsche Witze oft nicht lachen, weil sie die Zweideutigkeiten und Sinnüberlagerungen nicht verstehen, die Situation in der der Witz erzählt wird und von der er handelt ist ihnen unvertraut. Umgekehrt kann man vielleicht sagen: Wenn Deutsche und Türken gemeinsam über dasselbe lachen, zeigt sich, daß die vermeintlichen Ausländer zu Inländern ge-

zeugt dabei ein spontanes Lachen, wenn alle ihn als witzig verstehen; ein Witz, der erklärt werden muß, ist kein Witz. "Der Geist des Witzes fällt in sich zusammen, wenn durchs Erklären die Wahrheit zur Platitude wird", (J. Lacan).

Der Witz und das Lachen sind jedoch keineswegs bloße Phänomene der Heiterkeit. Es gibt nicht nur das gemeinsame Lachen, sondern auch das, oft böswillige, Auslachen. Der Witz ist nun kein Medium der Integration mehr, sondern der Ausgrenzung (vgl. die bösen Witze über Ausländer). Das Auslachen eröffnet eine strategische Situation, in der der Eine den Anderen erniedrigen will, da er etwas besser weiß als dieser Dummkopf (z.B. in der Schule). Der Erniedrigte kann nun zurücklachen und den Lachstreit unter Umständen gewinnen ('Wer zuletzt lacht lacht am besten.'). Lachen wird zur Herausforderung, man versucht den Anderen stets zu überbieten und die lachend-zustimmende Masse auf seine Seite zu ziehen.

Das Lachen entsteht, indem in einer Situation eine Rede oder Handlung eine unvertraute und vorher unbekannte Wendung einschlägt. Eine Handlung verfehlt ihren eigentlichen Sinn (Freud spricht hier von elementaren 'Fehlleistungen'), sie wird zum Widersinn und dadurch oft lustig. So betrachtet, ist das Lachen eine Gemütsbewegung, die nur dem Menschen möglich ist. Tiere können demgemäß nicht lachen, weil sie den Widersinn in einer unvertrauten Wendung ihrer Aktionen nicht als solchen empfinden können. Entweder ist einer Katze die Situation vertraut (es gibt nichts doppeldeu-



"Hört mal alle zu, ich erzähle jetzt den Witz mit dem Auto, den ich neulich gelesen habe..." - oft nicht so gut an, weil er in der Situation ein

worden sind, da sie in eine nun gemeinsame Situation und Kultur integriert sind. Völkerverständigung als gemeinsames Lachen. Der Witz er-

tiges), oder sie ist ihr unvertraut (so heißt die Devise: Vorsicht!). Außerdem ermöglichen die Gesichtsmuskeln der Tiere keine Lachäußerungen. Zu diesem Thema gibt es noch andere Meinungen -, so zum einen die der Tierpsychologie, die durch die schwachsinnigsten Experimente das Gegenteil zu beweisen versucht hat,

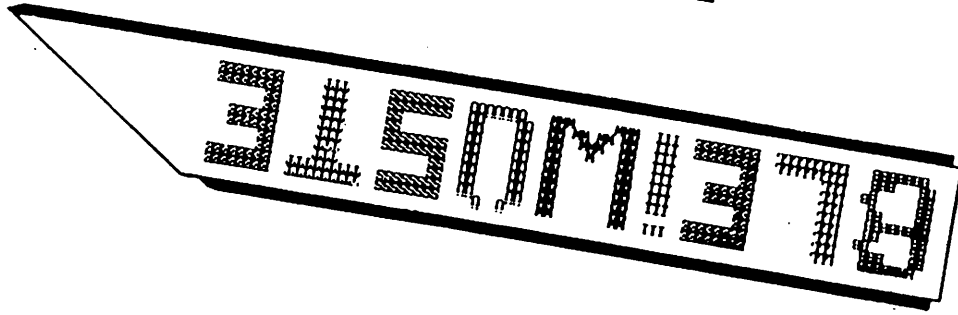
jungen Novizen durften zu dieser einmaligen Gelegenheit auf die Kanzel steigen und 'alles sagen' was sonst unsagbar ist, also auch Kritik äußern. Später haben die

den Witzseiten der TV-Programmhefte). Das Lachen sollte eine subversive Kraft verlieren, da es den herrschenden Ernst angriff. Was sollte die Macht nun tun, wie

Na, ist das nicht ulkig?  
Hatta! Lach doch ma!



Blei-wü-ste die; Fachbegriff aus dem Bereich der Druckmedien; bezeichnet Zeitungssseiten, die nur aus Text (Bleisatz, heute jedoch kaum noch gebräuchlich) ohne Auflockerung durch Fotos oder Zeichnungen bestehen



oder man denke an den Tierforscher Vitus B. Dröschner, der aber den Fehler begeht, die Tiere allzu sehr zu vermenschlichen -, die aber an dieser Stelle undisputiert bleiben sollen.

Sowenig wie Tiere können Götter lachen. Ein lachender Gott wäre kein Gott, sondern ein Mensch. Worüber sollte ein Gott lachen? Götter sind allwissend, weshalb es auch für sie keine unvorhergesehenen Situationen geben kann. Während Tiere den Widersinn als solchen gar nicht erst erfahren können, kennt der allwissende Gott das Unbekannte und die Pointe bereits vorher, das Unbekannte ist schon bekannt. Götter haben nichts zu lachen. Man lese vor diesem Hintergrund einmal die Diskussion zwischen William und Jorge (in: U. Eco 'Der Name der Rose', Taschenbuchausgabe S. 106 - S. 111) über das göttliche Lachen. Wenn Gott wirklich lachen sollte, wäre er nicht mehr allwissend, und die Macht der Kirche gebrochen.

Protestanten diesen Brauch als gefährlich angesehen und ihn deshalb verboten - genauer gesagt: in den Karneval abgeschoben. Wir kennen heute die 'Büttenrede', die den Charakter einer Predigt noch nicht verloren hat. Das einst kritische Lachen wurde durch den Karneval kanalisiert und kontrolliert, eben als Karnevalsgelächter (oder später auf

reagieren? Sich auslachen lassen? - geht nicht, Weinen? - auch nicht, Zurücklachen oder Mitlachen? - erst recht nicht. Die Macht grenzte vielmehr das Lachen und den Witz aus.

D. Hildebrandts 'Scheibenwischer' in Bayern ist davon ebenso betroffen, wie die Satiriker der 30er Jahre (K. Kraus, K. Tucholsky, ...) es waren, die die Nazis auslachten und denen deshalb das Lachen im Halse stecken bleiben sollte.



Nicht das Karnevalsgelächter ist kritisch, sondern eine lebendige Alltagskultur des Lachens. In diesem Sinne äußerte M. Bachtin: "Es fand nur Zugang zum Volk, der sich dem nichtoffiziellen Medium des Lachens anvertraute, denn das Volk mißtraute jeder Ernsthaftigkeit; es hatte sich daran gewöhnt die freie und offene Wahrheit im Lachen zu suchen."

Martin W. Schnell

Im Katholizismus des Mittelalters gab es den Brauch des 'Ostergelächters'. Die

# Kinder zwischen Politik und Liebe

Der sogenannte Abtreibungsparagraph 218 soll nach Ansicht der Regierungskoalition durch Beratungsmaßnahmen "zugunsten des Lebens" ergänzt werden. Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und F.D.P. ist die Fortsetzung einer alten Politik: Frauen sollen nicht selbst bestimmen, ob sie Kinder gebären. Frauen und Kinder werden zum Kalkül in der Politik gemacht und dies zu Lasten der Frau.

Die Koalitionsvereinbarung sieht folgende Regelungen vor:

\* Beratungsstellen erhalten einen Rechtsanspruch auf ausreichende öffentliche Förderung; sie sind verpflichtet, entsprechend der Grundsatzentscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 25.2.75 ihre Beratung auf den Erhalt des werdenden Lebens auszurichten.

\* Die Beratung hat vor der Indikationsstellung zu erfolgen.

\* Beratung und Indikationsstellung müssen personell getrennt geführt werden.

\* Honorarforderungen der beteiligten Ärzte dürfen von Krankenkassen nur dann erfüllt werden, wenn die Meldung an das Statistische Bundesamt erfolgt ist.

Schon das bestehende Gesetz, erst recht aber das ge-

plante Beratungsgesetz bevormundet Frauen: in die Richtung von Verfügbarkeit, von Angst und Unfreiwilligkeit.

Die Bedingungen für Frauen wurden verschlechtert Frauen wurden zu morallosen Wesen erklärt, sie und ihre Helferinnen wurden durch den § 218 kriminalisiert doch haben die Vorschriften des § 218 zu keiner Zeit dazu beigetragen, Schwangerschaftsabbrüche zu verhindern

Der § 218 ist ein Herrschaftsinstrument über jene

Hälfte der Menschheit, die je nach ökonomischer, staatlicher oder bevölkerungspolitischer Notwendigkeit mit gesellschaftlichen Forderungen konfrontiert wird, Forderungen die zum einen auf Gebärverzicht und zum anderen auf verstärkte Produktion ausgerichtet ist.

## Zurück in die Vergangenheit:

Der Schwangerschaftsabbruch wurde jahrtausendlang neben anderen empfängnisverhütenden Mitteln zur Geburtenkontrolle eingesetzt. Die Kenntnisse über schwangerschaftsverhütende oder schwangerschaftsabbruchende Mittel waren schon in Stammesgesellschaften sehr groß; über 200 verschiedene Wurzeln, Kräuter und andere Mittel standen den Frauen zur Verfügung.

In der griechischen und römischen Antike waren Verhütung, Abtreibung und Kindstötung als Mittel der Geburtenregelung üblich. Die Entscheidungsbefugnis darüber hatte in dieser patriarchalischen Gesellschaftsform der "pater familias".

Den ersten massiven gesetzlichen Eingriff zur Verhinderung von Kindstötungen erließ Kaiser Konstantin, um seine bevölkerungspolitischen Zielsetzungen zu verwirklichen. Hier konnte er sich auf das von ihm zur Staatsreligion erhobene Christentum stützen, das das Töten streng ablehnte. (Wie flexibel sich die "christlichen" Kirchenväter gestern und heute dabei verhielten und verhalten, sieht man daran, daß sie seit Konstantins Zeiten den Dienst des Soldaten mit der Waffe und damit das eventuelle Töten anderer für legitim halten und damals Deserteure der kaiserlichen Armee exkommunizierten).

Aus demselben Grund begannen zu diesem Zeitpunkt massive Angriffe der Kirche



**Nieder mit den Abtreibungs-Paragraphen!**

auf die Abtreibung, die schon der Kirchenvater Tertullian mit Mord gleichsetzte. Auch beim Fötus wurde dabei schon zwischen männlich und weiblich unterschieden. Das kirchliche Recht setzte als Zeitpunkt der Beseelung des männlichen Fötus den 40. Tag nach der Empfängnis, beim weiblichen Fötus den 80. Tag fest. Dieser Zeitpunkt war entscheidend, ob bei einer Abtreibung "Mord an einer Menschenseele" vorlag.

Trotzdem blieben auch im Mittelalter Verhütung und Abtreibung üblich, gegen die anfangs nicht eingeschritten wurde. Üblich war die Zweibis Dreikindfamilie. Dies bedeutete, daß sich die damalige Bevölkerungszahl nicht wesentlich erhöhte. Möglich war dies durch das umfangreiche Verhütungswissen, das vor allem von heilkundigen "weisen" Frauen und Hebammen angewendet und weitergegeben wurde.

### Hexen- verfolgung

Gegen diese Frauen setzte im 15. Jahrhundert eine Kampagne der Kirche ein, die als Hexenverfolgung in die Geschichte einging.

Es waren bevölkerungspolitische Motive, die zur Ausrottung dieser Frauen und des Wissens um Geburtenkontrolle führten. Denn im 14. Jahrhundert erlebte Europa einen drastischen Bevölkerungsrückgang, ausgelöst durch Hungersnöte und Pestepidemien. Für die Besitzer von Grund und Boden, zu denen Kirchen und Klöster ja gehörten, bedeutete das einen verheerenden Mangel von Arbeitskräften.

Seit dem 15. Jahrhundert stieg die Bevölkerungszahl kontinuierlich an, im 18. und 19. Jahrhundert kam es zu einer Bevölkerungsexplosion.

Da viele Frauen sich nicht anders zu helfen wußten, stieg nun die Zahl der Kindstötungen und Kindesaussetzungen drastisch an. Eine andere Kosequenz des Verhütungs- und Abtreibungsverbots war im 18. und 19. Jahrhundert auch die zunehmende Vernachlässigung und Verelendung von Kindern und Familien, wie heute z.B. noch in den streng katholischen südamerikanischen Ländern.

Im 18. Jahrhundert fanden endlich die Hexenverbrennungen ihr Ende. Das bedeutete aber keineswegs eine Liberalisierung der Geburtenkontrolle. 1851 und 1871 wurden die ersten Gesetze erlassen, die jeglichen Schwangerschaftsabbruch unter hohe Strafen stellten. Betroffen von Strafandrohung und Strafe waren die handelnden Frauen und diejenigen Personen, die den Eingriff durchführten; die Erzeuger blieben immer ungefragt und

1890 auf 1000 Lebend- und Totgeborene etwa 100 Abtreibungen kamen; 1912 stieg die Zahl auf 200 bis 250 an. Jeglicher Versuch einer Reform des § 218 zwischen 1909 und 1919 scheiterte; selbst eine medizinische Indikation wurde abgelehnt.

Die Menschenverluste im 1. Weltkrieg ließen die konservativen Politiker von einer "Gebärpflicht" der deutschen Frauen sprechen.

So verschärfte sich, durch



## Geburtenkontrolle von der Antike bis heute

ungestraft. Gleichzeitig bekämpfte der Staat die modernen Verhütungsmittel, die allmählich aufkamen. Seit 1900 wurde laut Strafgesetzbuch bestraft, "Gegenstände, die zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind", auszustellen und anzupreisen.

Der politische Hintergrund ist in der Vorbereitung des deutsch-französischen Krieges zu sehen. Bismarck brauchte Soldaten. Aber auch die expandierende Industrie brauchte mehr Arbeitskräfte, vor allem, weil durch die harten, gesundheitsschädigenden Arbeits- und Lebensbedingungen die Lebenserwartung der Arbeiterinnen und Arbeiter bei nur 33 Jahren lag.

So blieb den Frauen wieder nur der Weg in die Illegalität. Man schätzt, daß im Jahr

die schlechte wirtschaftliche Lage bedingt, noch einmal die Situation der Frauen, und die Zahl der Abtreibungen bis 1930 auf 500 pro 1000 Geburten.

In der Zeit der Weimarer Republik gab es jedoch mehrere Versuche, den § 218 zu reformieren oder ganz zu streichen. Dem Reichstag lag 1920 ein Antrag der USPD auf Streichung des § 218 vor; 1922 und 1924 wurde er von der KPD nochmals eingebracht. Jedoch fand sich für diese Anträge niemals eine Mehrheit.

### Frauen gegen den § 218

An der Frage des § 218 entzündeten sich die Wogen;

der Kampf um seine Streichung wurde zu einer breiten gesellschaftlichen Bewegung. Auch zahlreiche Künstler und Künstlerinnen beteiligten sich daran. Käthe Kollwitz entwarf das Plakat "Nieder mit dem Abtreibungsparagraphen!" für die KPD.

Eine bedeutende Rolle spielte auch der kommunisti-

"Zum Schutz der Deutschen Nation" von 1930 heißt es: "Wer es unternimmt, die natürliche Fruchtbarkeit des deutschen Volkes zum Schaden der Nation künstlich zu hemmen, wird wegen Rassenverrat mit Zuchthaus ..., in besonders schweren Fällen mit dem Tode bestraft." Nach 1933 wurde dieser Antrag



sche Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf. Sein Theaterstück "Cyankali", das auf realistische Weise die Auswirkungen des § 218 zeigt, wurde 1929 uraufgeführt. Trotz zahlreicher Verbote und Skandale wurde in vielen großen Städten aufgeführt, und damit zu einem der auslösenden Momente für eine Massenbewegung gegen das Abtreibungsverbot.

1931 wurde ein "Komitee für Selbstbezeichnung" gegründet, das bei Frauen und Ärzten Unterschriften sammelte.

Die Kampagne entwickelte sich allmählich zu einer Volksbewegung; über 800 Aktionsausschüsse wurden im ganzen Reich gegründet, über 1500 Versammlungen durchgeführt, auf denen die Abschaffung des § 218 gefordert wurde. Hunderttausende von Frauen gingen mit der Parole "Dein Körper gehört dir" auf die Straße.

### Im Dritten Reich

Auch die Nationalsozialisten bezogen zur Abtreibung Stellung. In einem Gesetzentwurf

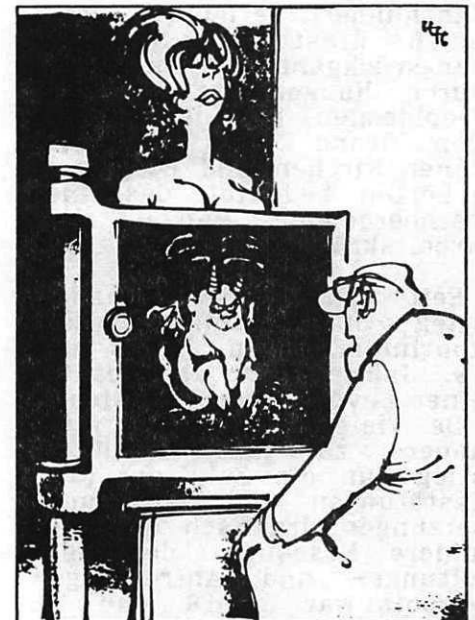
Gesetz.

Jedoch stand die Abbruchfrage vollständig im Zeichen der praktizierten Rassenpolitik. In der Verordnung vom 9. Mai 1943 wurde für einen Schwangerschaftsabbruch dann die Todesstrafe festgesetzt, wenn dadurch "der Lebenskraft des deutschen Volkes Schaden zugefügt wurde". Auch die Verschreibung und Vergabe von Verhütungsmitteln wurde stark eingeschränkt und kontrolliert, die seit der Weimarer Republik vorhandenen Zentren für Geburtenkontrolle geschlossen. Die Institution "Lebensborn" wurde geschaffen, um Menschenzucht nach rassistischen Kriterien durchführen zu können. (Manches erinnert doch ganz fatal an die Vorstellung von manchen Ärzten heute hinsichtlich der Gentechnologie.)

Die andere Seite der Medaille war das Verhalten gegenüber den Gruppen, die von den Nazis als "minderwertig" eingestuft wurden: Behinderte, psychisch Kranke, "Zigeuner" und Juden. Das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses bildete die Grundlage für die Zwangssterilisierung von mehreren hunderttausend

Menschen. 1935 wurde die "eugenische" Indikation zum Schwangerschaftsabbruch eingeführt; d.h. bei Frauen mit sogenannten "Erbkrankheiten" (als Beispiele werden genannt: angeborener Schwachsinn, Schizophrenie, manisch-depressives Irresein, Fallsucht, Veitstanz, Blindheit, Taubheit, körperliche Mißbildungen) werden bis zum 6. Schwangerschaftsmonat auch gegen ihren Willen Abbrüche durchgeführt.

Sogenannte "Untervölkische" in Deutschland und "Fremdvölkische" in den besetzten Gebieten waren vom Abtreibungsverbot ausgenommen. In Polen und der Sowjetunion förderten die Nationalsozialisten alle Maßnahmen, "die der Geburtenbeschränkung dienen". Verhütung, Abtreibung und Homosexualität waren straffrei. Teilweise wurden Abtreibungen auch zwangsweise durchgeführt.



"Ich könnte mir vorstellen, daß die Bischöfe in ihrem Fall eine Ausnahme machen"



# Leserbrief



**Betr.: § 218-  
Artikel**

Bitte verzeihen Sie mir, daß ich als Mann das Thema der Selbstverwirklichung aufgreife, aber wenn die sogenannte Selbstverwirklichung der Frau selbst vor dem ungeborenen Leben nicht Halt macht, dann muß ich, der ich als Christ versuche, diese Welt mitzugestalten, Kritik anbringen.

Aber bevor ich meine kritischen Worte anbringen möchte, möchte ich zunächst auf den Teil Ihres Artikels eingehen, den ich verstehen kann.

Es ist wahr, daß Frauen, die abgetrieben haben, oftmals sehr schlimm beschimpft werden und wie Aussätzige behandelt werden, selbst von Christen. Das ist sehr schlimm! Die Leute, die andere Frauen so grausam verurteilen, übersehen dabei erstens, daß hinter fast jeder Abtreibung auch ein Mann steht, der die Abtreibung mitträgt oder sogar von der Frau gefordert hat, zweitens, daß die Frau durch die Abtreibung genug gestraft ist. Vielfach erfährt die Frau durch unzureichende Aufklärung erst, nachdem der Mord geschehen ist, welche schwerwiegenden Schritte sie da hat geschehen lassen. Die unzureichende Aufklärung über den Mord an Ungeborenen ist eine Unterlassungssünde sondergleichen! Ich habe schon Bilder von Babies gesehen, die durch Kochsalzverätzung getötet wurden. Es war grausam! Der seelische Schaden, der durch eine Abtreibung bei der Mutter entsteht, ist oftmals nicht wieder gutzumachen. Die gesundheitlichen Folgen einer Abtreibung reichen von Einrissen am Gebärmutterhals über Entzündungen bis zu Narkosezwischenfällen.

Weiterhin stimme ich mit Ihnen überein, daß ledige Mütter finanziell vom Staat so ziemlich allein gelassen werden. Aber man sollte auch nicht verschweigen, daß es u. a. die Bundesstiftung Mutter und Kind mit leider recht knappen Mitteln, den Sozial-

dienst katholischer Frauen, das Diakonische Werk sowie etliche Freunde, Förderer und ehrenamtliche Helfer der Aktion Lebensrecht für Alle Augsburg e.V. gibt, die sich menschlich, finanziell und unbürokratisch um Schwangere in Not kümmern. Im übrigen liegt es an jedem Einzelnen, an mir, an Ihnen, ein Klima in der Gesellschaft zu schaffen, welches einer ledigen Mutter erlaubt, ihre Lebensumstände ohne Scham- und Angstgefühle anderen darzulegen. Franz Alt hat einmal gesagt: "Wenn heute in der Bundesrepublik auf zwei Geburten eine Abtreibung kommt, dann werden sich irgendwann die noch Geborenen als die Überlebenden des Krieges gegen die Ungeborenen fühlen!"

Ich verurteile Sie nicht, ich kenne ihre Lebensumstände und Lebenserfahrungen nicht, denn Jesus sagt: "Ihr wollt eurem Bruder einen Splitter aus dem Auge ziehen, überseht aber den Balken vor dem eigenen Kopf". Ich möchte Sie bitten, Claudia, ihre Standpunkte einmal zu überdenken.

Gibt es nicht höhere Werte als Karriere, Macht und Geld? Pfuschen wir nicht dem Herrn über Leben und Tod ins Handwerk und versuchen zu sein wie Gott? Das was Sie fordern, ist, so hart das klingt, ein weiterer Schritt in eine unmenschliche und gottlose Welt. Mein Tip: Solidarisieren wir uns gemeinsam mit dem ungeborenen Leben. Lassen wir gemeinsam die Menschlichkeit in der Welt nicht aussterben. Daß ein solches Verhalten Opfer von uns allen fordert, ist wohl unbestreitbar, aber Jesus sagt: "Selig, die Frieden stiften, denn sie werden Töchter/Söhne Gottes genannt werden". Frieden den Ungeborenen!!!

Ralph Opitz  
Espenweg 1, RE



# SONNENBLUME

Springstraße 2  
am Hauptbahnhof

... täglich frisches Brot & Brötchen  
köstliche Milchprodukte sowie  
Gemüse und Obst aus biologischem Anbau ...

Montag bis Freitag: 9-13 und 15-18 Uhr  
Samstag: 9-13 Uhr

# NATURKOST



Roman "J'accuse", Ich klage an, erschien 1898).

In Genf machte sie 1903 die Bekanntschaft politischer Emigranten, vor allem aus dem zaristischen Rußland. So kam sie intensiv mit sozialistischen Ideen in Berührung.

Um die Arbeitswelt kennenzulernen, die ihr als Angehöriger des Hochadels völlig fremd sein mußte, arbeitete sie 1905 in einer Frankfurter Buchdruckerel.

Ein Ausflug in die Konvention der Ehe mit dem baltischen Gutsbesitzer zur Mühlen

# Frauen Machen Geschichte

Bei der Benennung von Straßen, Plätzen, Schulen, Jugendheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen ist der HOLZWURM-Redaktion aufgestoßen, daß dafür in Recklinghausen nur sehr selten Namen von bedeutenden Frauen ausgewählt werden.

Diese chauvinistische Haltung von Rat und Verwaltung der Stadt Recklinghausen ist ein Ärgernis und zugleich eine Diskriminierung von über 50 Prozent unserer Bevölkerung, eine Herabwürdigung der gesellschaftlichen Rolle der Frau. Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, sich mit ihren Möglichkeiten für eine Änderung dieser Praxis einzusetzen.

im Jahre 1907 mußte mißglücken; wegen politischer Differenzen trennte sie sich bald wieder von ihm.

Seit 1914 verbrachte Hermynia mehrere Jahre lungenkrank in Davos. Hier begann sie, sich intensiv mit dem Marxismus auseinanderzusetzen. 1919 zog sie nach Frankfurt und trat in die KPD ein.

Nun erst begann Hermynia zur Mühlen, literarische Arbeiten zu veröffentlichen, vorwiegend im "Revolutionär", der "Roten Fahne" und im "Jungen Genossen". In allen ihren Erzählungen griff sie soziale Probleme auf und trat für eine revolutionäre Veränderung der Gesellschaft ein. Wegen ihrer Erzählung "Schupomann Karl Müller" wurde

Serie: \_\_\_\_\_

## "Das Frauenportrait"

Teil XV:  
Zur Mühlen, Hermynia  
12.12.1883 - 19.03.1951

Hermynia zur Mühlen entstammt dem österreichischen Hochadel. Der Vater, Victor Graf de Crenneville, war österreichisch-ungarischer Gesandter. So lernte Hermynia bereits in ihrer Jugend einige Länder Europas, Vorderasiens und Afrikas kennen.

Die Erziehung des Mädchens wurde jedoch weitgehend delegiert; zunächst an die Großmutter, auf dem Familiensitz in Gunden. Ab 1898 kam sie in ein Pensionat für

höhere Töchter in Dresden und absolvierte 1901 ihr Examen als Lehrerin. Die Ausübung des Berufs wurde ihr aber als nicht standesgemäß untersagt.

Schon früh interessierte sich Hermynia z. Mühlen für soziale und politische Fragen und ergriff z.B. Partei für Zola (Emile Zola, frz. Schriftsteller, \* 02.04.1840 - + 29.09.1902, war ein Vorkämpfer sozialer Gerechtigkeit, sein bekanntester

sie 1924 des Hochverrats angeklagt.

1933, nach der Machtübernahme durch die Nazis, ging sie nach Wien zurück, von wo sie 1938 über die Tschechoslowakei nach England floh. Hier starb sie 1951.

Neben ihren Kinderbüchern ("Proletarische Märchen") wurde Hermynia zur Mühlen auch als Übersetzerin von nahezu 150, meist sozialkritischer, Werke russischer, englischer und amerikanischer Autoren (z.B. Upton Sinclair) bekannt. Viele ihrer Arbeiten wurden in mehrere Sprachen übersetzt, ihre Hörspiele auch im Ausland gesendet.

# Razzia im Frauen-Projekt

Mit der lapidaren Begründung, die Aktion habe "irgendwie etwas" mit dem Paragraphen 129a, d.h. etwas mit terroristischen Vereinigungen zu tun, wurde am Freitag, den 18. Dezember vergangenen Jahres, ein Frauenprojekt in Essen von Beamten des Bundeskriminalamtes durchsucht.

Einige Tage später fand in Recklinghausen, im Büro der GRÜNEN ein Treffen statt, bei dem zwei betroffene Frauen des Frauenprojektes und auch eine Rechtsanwältin über die Durchsuchungsaktionen berichten konnten.

Etwa 15 bis 20 Beamte, so die Frauen, zum Teil in Zivil und mit MP's bewaffnet, stürmten an diesem Freitag gegen 17.30 Uhr die Räume des Gen-Archivs und einer anliegenden Arztpraxis. Parallel zu dieser Aktion brachen Beamte - in Abwesenheit der Frauen - auch die Türen ihrer Wohnungen auf. Fast gleichzeitig wurden in Bochum die Räume der Redaktion Ruhr der TAZ durchsucht.

Was war geschehen? Im Rahmen einer groß angelegten Fahndungswelle hatte die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe für die Ermittlungen in Sachen "Revolutionäre Zellen" und der feministischen Organisation "Rote Zora" zahlreiche Durchsuchungsbefehle erwirkt. Diese Ermittlungen hatten an diesem besagten Freitag einen Stand erreicht, bei dem dann in der Zeit zwischen 16.30 und 17.30 Uhr über das gesamte Bundesgebiet verteilt, die Durchsuchungsmaßnahmen für insgesamt 33 "Objekte" (Wohnungen und Büros) und 23 Personen fast gleichzeitig begannen.

## Fahndungswelle als Erfolg bewertet

Am Montag war dann in der Presse zu lesen, warum es bei diesen Maßnahmen ging: "Terroristen verhaftet", "Fahndungswelle als Erfolg bewertet", "Briefe führten auf die richtige Spur", und: "Bundesanwaltschaft: Aktionen

gegen Terroristen nicht konzentriert". Sogar Frankreichs Zeitungen sprachen von dem "größten Schlag gegen Terroristen". Eine gelungene Aktion; bis dato war nichts bekannt geworden. Nur: Die Redaktionen von Funk, Fernsehen und Presse besaßen ausschließlich Presse-Mitteilungen von offizieller Stelle.

Erst am Montag gab Generalbundesanwalt Kurt Rebmann bekannt, daß auf seinen Auftrag hin gegen zwei mutmaßliche Mitglieder der terroristischen "Roten Armee Fraktion" (RAF) Haftbefehle ergangen seien: Gegen den 26jährigen Eric Prauss und die 28jährige Andrea Sievering, die am Freitag in Düsseldorf festgenommen wurde. Außer jener Mitgliedschaft wird ihnen die Beteiligung an dem Sprengstoffanschlag auf die Firma Dornier in Immenstaad/Bodensee vom 29. Juli 1986 vorgeworfen. Schriftproben hätten ergeben, daß sie an Bekenner-Briefen beteiligt gewesen sind.

Und erst am Dienstag verlautete die Bundesanwaltschaft ganz nebenbei die Namen zweier Frauen aus Bochum und Essen, die an dem besagten Wochenende festgenommen worden waren und gegen die Haftbefehle erlassen wurden: Die 42jährige Urusla Penselin und die 35jährige österreichische Schriftstellerin Ingrid Strobl. Die promovierte Philologin war acht Jahre lang Redakteurin bei der Frauenzeitschrift "Emma".

Ihr wird neben einer angeblichen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung (RZ) vorgeworfen, am Sprengstoffanschlag auf die Hauptverwaltung der Deutschen Lufthansa beteiligt gewesen zu sein. Zu diesem Anschlag am 28. Oktober in Köln/Deutz soll Frau Strobel womöglich

Wenn Frauen  
Gesellschaft  
und Politik  
voraus sein  
müssen

den Wecker für den Zeitzunder gekauft haben. Beide Frauen befinden sich seitdem in Untersuchungshaft in Hamburg und München.

Was aber haben die Frauen und ihre Büros in den Städten Düsseldorf, Duisburg,



Es ist durchaus  
von Nöten  
die Akzeptanz



der Bevölkerung  
gen-technologischen  
Experimenten ge-  
güber zu er...



höhen. Jedenfalls  
solange bis



...wir diese  
Akzeptanz

genologisch festlegen  
können.

Dortmund, vor allem aber in Essen und Bochum mit der Fahndungsaktion zu tun? Ein bestimmter Verdacht drängt sich auf.

## Aktion gegen Terroristen nicht konzentriert

Im Gen-Archiv in Essen, so berichteten die zwei Frauen den staunenden Zuhörern im GRÜNEN-Büro, und auch aus den Wohnungen der dort engagierten Frauen wurden zahllose Papiere sichergestellt, die sich z.B. mit Humangenetik, Pränataldiagnostik, gentechnologischen Forschungsvorhaben und ähnlichem befassen. Arbeitsunterlagen der Frauen, wie Vertragsentwürfe, Seminarvorbereitungen, gedruckte Arbeiten, Rundfunk- und Videoaufnahmen, (Forschungs-) Adressen, etc. wurden beschlagnahmt. "Dabei war für uns nicht abschätzbar, wozu die Beamten eigentlich suchten", meinte eine der beiden Frauen.

In einigen Wohnungen gingen die Beamten recht rabiatisch zur Sache, trotzdem sie teilweise keine Ahnung hatten, wozu es überhaupt ging. In Bochum wurde den Frauen mit dem lapidaren Hinweis, die Durchsuchungsverfügung käme direkt von Generalbundesanwalt Rebmann, die Aktion begründet. Einigen Frauen wurden ganz im Unklaren gelassen. Durchsuchungsbeschlüsse wurden nicht vorgelegt.

Anzeige



**Radsport**  
**HILTROP**  
Kaiserwall 14  
4350 Recklinghausen  
Tel. 02361/23406

- Mountain Bikes
- Touren-, Sport- und Rennräder
- Zubehör u. Bekleidung

## Dokumentation

### "Auch der Forschung drohen Anschläge"

aus: Die Neue Ärztliche, 24.7.86

Nicht nur Industrielle, Forscher und Manager, hohe Offiziere und Politiker, sondern von Terroristen bedroht. Auch ein Teil der medizinischen Forschung muß mit Anschlägen rechnen. Schon 1985 war es zu Sprengstoff- und Brandanschlägen gegen Institute gekommen, die sich mit Genforschung und Biotechnik befassen. Dazu heißt es jetzt in den in Erfurt erscheinenden "Sicherheitspolitischen Nachrichten": "Es ist wichtig für Wissenschaft und Wirtschaft, Kampagnen und Aktionslinien von terroristischen Gewalttätern rechtzeitig und ihren Anfängen zu erkennen." Deshalb wird auf eine Untergrundzeitschrift "sabot" (Nr. 9) aufmerksam gemacht, die in einem "Schwarzbuch" unter dem Titel von "Mäusen zu Menschen" auf eine Reihe von Instituten und Forschern, vor allem in Norddeutschland, hinweist und vieldeutig schreibt - was bei möglichen Tätern als eindeutig zu verstehen ist - "wir gehen davon aus, daß alle hier erwähnten Institutionen dringend von der Bildfläche verschwinden müssen. Es gibt viele Möglichkeiten, dafür zu sorgen - und wir hoffen - daß diese Materialsammlung ein Beitrag dazu ist." Die Broschüre will nach eigenen Angaben vor allem Informationen aus Hamburg, Kiel und Bremen zusammentragen und kündigt an, daß sie die "Verquickung der Gen-Mafia" weiter aufrollen will. Bekanntlich stand der ermordete Siemens-Forscher Beckurts auf einer zuerst von den "Roten Blättern des MSB-Spartakus" (Marxistischer Studentenbund) unter Hinweis auf eine vorausgegangene Veröffentlichung von Kieler Jusos gedruckten Liste einer angeblichen "SDI-Mafia". Diese Sprache verrät Verwandtschaft.

Auch Institute, die nicht unmittelbar mit der Genforschung befaßt sind, finden Aufmerksamkeit bei "sabot": "Wer sich ein bißchen in die Materie bineinbegibt, wird scheinbar an den entlegensten Orten und in ganz 'harmlosen' Instituten gentechnologisch relevante Forschungen und Versuche wiederfinden. Krebsforschung, Immunologie, AIDS-Forschung, Botanik und Tiermedizin sind zum Beispiel Bereiche, die hier gar nicht oder nur am Rande erwähnt werden, nicht, weil sie unwichtig wären, sondern weil wir bis jetzt viel zu wenig darüber wissen. So wären zum Beispiel die Tiermedizinische Hochschule in Hannover oder auch das Tropeninstitut in Hamburg lohnende Objekte für weitere Recherchen."

Wie diese zumindest mit Gewalt liebäugelnden "Kritiker" denken, ist dem Satz zu entnehmen, daß es ihnen "nicht um ... die Abwägung der Vor- und Nachteile der Gen- und Reproduktionstechnologie an und für sich" gehe, sondern darum, wie sie im nächsten Satz drohen, daß diese Institutionen "von der Bildfläche verschwinden". Zur Ideologie des "Widerstandes" gehört die Behauptung, die neue Forschung sei nicht neu, sondern sie habe ihre Vorgeschichte und "braune Vergangenheit" in Medizin, Humangenetik und Anthropologie, die alle ihren Beitrag zur "Aussonderung der 'Asozialen' und 'Unbrauchbaren' geleistet haben und leisten."

"Reproduktionsmediziner, Molekularbiologen und Genetiker sind ... sehr bemüht, das diffuse Mißtrauen, das ihnen entgegenschlägt, durch 'Aufklärungskampagnen' abzubauen. Schließlich wollen sie bei der Durchsetzung dieser Art von Technologie nicht die gleiche Bauchlandung erleben wie vorher die AKW-Lobby und Volkszähler ... dieses Schwarzbuch soll ihnen ein bißchen die Show vermasseln." Diesem Ziel soll auch ein "Archiv Gentechnologie" in Duisburg dienen. "Sabot" wirbt außerdem für eine Hamburger Schrift, in der ein Kapitel erschienen ist "Gentechnologie in Hamburg: Who ist who?!"

Bei den Sicherheitsbehörden in der Bundesrepublik wird "nicht ausgeschlossen", daß solche Gruppen in der nächsten Zeit "erheblichen Zulauf" erhalten könnten. Die Kreise der "High-Tech-Gegner" und die radikalen Tierschützer könnten zusammen mit solchen Gruppen "tätig werden". Diese Gruppen werden meistens als "Autonome" bezeichnet. Sie sind von ihrer Zielsetzung her zunächst keine Gewalttäter. "Aber die Beobachtung solcher Gruppen und ihrer Entwicklung in den letzten Jahren lassen auch hier die Vermutung zu, daß sich der Verbalradikalismus schon bald in die Tat umsetzt, wenn auch zunächst sicherlich nicht in einer ansonsten der RAF-eigenen (Rote Armee Fraktion) Form. Auch von den RZ (Revolutionäre Zellen) sind sie zu unterscheiden." Andererseits wird gewarnt, daß der harte Kern der Gewalttäter immer wieder versuche, sich auf solche autonomen Gruppen "aufzupropfen", um dann am Ende eine Erziehung zur Gewalt in seinem Sinne herbeizuführen.

In Essen gingen die Polizisten härter vor. Den Frauen dort wurde die Aktion mit dem Hinweis auf einen Ermittlungsbefehl in Sachen §129a, Satz 1 begründet. Ihnen wurde die Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen, einer Straftat, die in dem fragwürdigen Paragraphen zugrunde liegt.

"Sauerei" thematisch aufgreift (siehe Kasten).

Kritikern und Gegnern wird häufig vorgeworfen, die Akzeptanz und Durchsetzbarkeit der Gen-, Reproduktions- und Zielforschung in der Bevölkerung zu verringern. Bestimmte Kreise wissen, daß dort ihre schwache Stelle liegt und sind in der Wahl ihrer Mittel bei der Durchsetzung nicht gerade zimperlich.

künftige Vermummungsverbot und die angestrebte Novellierung des Landfriedensbruchs- und des Nötigungsparagraphen mitsamt dem neuen Pressegesetz politisch durchzusetzen?

**Zur Praxis der Anti-Terror-Gesetze**

Die Frauen wurden vorübergehend festgenommen und erkennungsdienstlich behandelt. Rechtsbeistand hatten sie nicht hinzuziehen dürfen, entsprechende Telefonate wurden ihnen verwehrt. Niemand hätte ihnen außerdem helfen können, resümierte ausdrücklich die anwesende Rechtsanwältin: In Sachen §129a darf denn ein Rechtsanwalt immer nur einen Klienten vertreten - und im Ruhrgebiet sind alle Anwälte schon "besetzt".

Schließlich wurde einigen Frauen doch noch ein Durchsuchungsbeschluß gezeigt: Ein Formblatt, bei dem das Datum erst hinterher eingesetzt werden brauchte. Konkrete Tatvorwürfe fehlten, Beschlüsse waren nicht angegeben: In der juristischen Praxis ein Skandal und kein Vergleich mit Verfahren im "normalen" Strafrecht, "Normale" Diebe, selbst Wirtschaftstäter werden so nie behandelt, so die Rechtsanwältin.

Mann/Frau merkte den betroffenen Frauen ihren Schrecken noch sichtlich an. Schließlich ist das Gen-Archiv mitsamt seinen Informationen zur Gentechnik für jederfrau/mann frei zugänglich.

"Vornehmlich Frauen aus Dortmund, Bochum, Duisburg, Essen, Hamburg," so eine der beiden Frauen, "die schon mal zur Gentechnik geschrieben haben, sollen mundtot, eingeschüchtert, und wenn das nichts nützt, kriminalisiert werden."

Hingewiesen wurde in diesem Zusammenhang auch auf das inzwischen berühmt-berüchtigte, sog. Hamburger "Schwarz-buch", das alljährlich irgendeine "schlimme

Dennoch wollen sich die Frauen nicht unterkriegen lassen. Die Arbeit soll trotz der Einschüchterung und trotz der Materialverluste weitergehen. Spontan wurde für ein Solidaritäts-Telegramm für die beiden in München und Hamburg inhaftierten Frauen gesammelt.

**Wenn Frauen der Gesellschaft voraus sein müssen**

Zurück blieb ein bitterer Nachgeschmack. Für die gentechnische Forschung werden Rohstoffe gebraucht. Doch im Zeitalter der Umweltzerstörung und Gen-Technik wird der Kampf um die knapper werdenden Rohstoffe immer härter geführt.

Wie war das noch mit den Blutkonserven? Hielten nicht Hungergestalten in Südamerika ihre Arme hin, um ein paar Geldscheine für den roten Rohstoff zu bekommen, der anschließend in die Krankenhäuser der Industrieländer geliefert wurde, unter dem Vorwand Leben zu retten?

Mittlerweile wurde hierzulande in vier Fällen die Forschung an frühen Embryos - darunter auch die Verbindung von Hamster-Eizellen mit menschlichen Samenzellen - genehmigt. Führende Forscher wehren sich vehement gegen ein Verbot der künstlichen Erzeugung von Embryonen außerhalb des Mutterleibes. Die Diskussion um Abtreibung, Retortenbabies, Leihmutter-schaft, etc., erhält vor diesem Hintergrund eine neue Dimension.

Dürfen Frauen nicht wachsam sein? Gleichwohl drängt sich ein bestimmter Verdacht auf: Braucht der Staatsapparat Erfolge, um das ange-drohte Netzwerk der neuen Paragraphen 129 und 130, das



Anzeige



**baukollektiv**

- ★ Altbau-sanierung
- ★ Neu-, An- und Um-bauen
- ★ Baubiologie

**betrieb in selbstverwaltung**  
**ulmenstr. 17**  
**4350 recklinghausen**  
**tel.: 02361 - 36774**

**WURZEL**  
Naturkostladen

Täglich frisches Brot und Kuchen  
 außerdem  
 Gemüse, Milchprodukte und vieles mehr  
 gibt's bei uns



D.Kerski - G.Riese  
 König-Ludwig-Str. 24  
 4350 RE-Süd  
 Tel.: 32531

Anzeige

# Termine & Adressen

<u>FESTE TERMINE</u>		Tel. 15457 bis 22.00	
<b><u>MONTAG</u></b>		20.00	Sitzung der Frauennotrufgruppe Frauenzentrum
17.00	Redaktionssitzung der Antifaz, Altstadt-schmiede, Kellerstr. 10	20.00	Förderkreis Städtepartnerschaft Recklinghausen-Sebaco (Nicaragua) Altstadtschmiede
19.00	Frauennotruf Tel. 15457 (bis 22.00)	20.00	Amnesty International, ab 4.6. alle 14 Tage Paulushaus a.d. Pauluskirche
19.00	Öffentl. Ausschußsitzung i.d. Altstadtschmiede	20.00	Friedensinitiative Quellberg/Ost Gaststätte Alt Hillen
19.30	Chor der Recklinghäuser Gewerkschafter Musikschule, Im Rom	20.00	Friedensinitiative West Gaststätte Pauluseck
20.00	Redaktionssitzung des "Fachwerk", Ökumenisches Zentrum, Nordsee-str.	20.00	"Muttermilch ein Menschenrecht e.V." jeden 1.Do. i.M. Autonomes Zentrum
20.00	DIE GRÜNEN (Plenum) Herner Str. 43	20.00	Jazzinitiative Altstadtschmiede
<b><u>DIENSTAG</u></b>		<b><u>FREITAG</u></b>	
16.00	Öffentlichkeitsarbeitsgruppe d. Altstadtschmiede	18.00	Antifaschistischer Bund, Altstadtschmiede
18.00	Percussionskurs mit Hardy Bußlapp i.d. Altstadtschmiede	18.30	Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Heinrich-Pardon-Haus
19.30	DIE GRÜNEN/Kaffee + Tee - Diskussionsrunde Herner Str. 43	18.30	HOLZWURM öffentliche Redaktionssitzung
20.00	DFI-Gruppentreffen Am Lohtor 1	20.00	Beratung von Kriegsdienstverweigerern, jeden 1.+ 3. Freitag im Monat Heinrich-Pardon-Haus
20.00	DIE GRÜNEN, AG Umwelt, Herner Str.43.	<b><u>ADRESSEN</u></b>	
20.00	Treff junger Frauen Frauenzentrum	Altstadtschmiede/Soziokulturelles Zentrum, Kellerstr.10, 02361/21212	
20.00	Plenum für alle Frauen der Initiativen und Einzelfrauen im Frauenzentrum jeden 2. Dienstag i.M.	18.30	Amnesty International c/o Dorothe Lücke, RE, Nordsee-str. 33, 02361/498432
<b><u>MITTWOCH</u></b>		19.00	Antifaschistischer Bund (AFB) Falko Wieneke, RE, Herner Str. 8, 02361/27302
18.30	Attatroll Buchladen, Gruppentreffen	19.00	Arbeitslosenzentrum RE-Süd, Pavillion am Sportplatz Sauerbruchstr. Mo-Fr 9-17 Uhr, 02361/61115
19.00	Treffpunkt f. Flüchtlingsarbeit, Kirchengemeinde Bruch, Magdalenenstr. 3, RE; ab 20.00 Beratung von ausländischen Flüchtlingen	20.00	Attatroll Buchladen Herner Str.16 02361/17002
19.00	Antifaschistischer Bund, Altstadtschmiede	20.00	Autonomes Zentrum "Krim" Münsterstr.2a 02361/15698
20.00	DPG/VK, jeden 2. Mi. i.M.; Heinrich-Pardon-Haus	20.00	Baukollektiv Ulmenstr.17,RE, 02361/36774
20.00	Die Grünen, Fraktions-sitzung Herner Str. 43	20.00	Begegnungs- und Beratungszentrum, Bochumer Str., 02361/33683
20.00	BI Atom-Stopp Autonomes Zentrum	17.00	Bürgerinitiative "Atom-Stopp" c/o Ulrike Waterkamp, Kirchplatz 3, 4350 Recklinghausen
<b><u>DONNERSTAG</u></b>		19.00	Christliche Arbeiter-Jugend (CAJ), Kennastr. 7, 02361/21073
17.00	Kulturgruppe/Programmerstellung d. Altstadtschmiede	19.00	Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
19.00	Lesbengruppe Frauenzentrum		
19.00	Frauennotruf		
			Demokratische Fraueninitiative (DFI), c/o Waltraud Weber, RE Hillen 15, 02361/47697
			Deutsch-Türkischer-Verein, RE, Am Steintor 5, 02361/17483
			Deutsche Kommunistische Partei, RE, Wiener Str., 02361/31437
			Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), c/o Jürgen Pawlik, Sedanstr. 16, Tel. 61143
			DGB-Kreisjugendausschuß RE, Dorstener Str. 27a, 02361/21040
			Drogenberatung (DROB) RE, Hochlarmarkstr. 72 02361/36022
			Fachwerk Stadtteilzeitung, Nordsee-str. 104
			Fahrradladen 80, Herner Str. 119, 0234/582826
			Familienbildungsstätte RE, Kennastr.23a, 02361/22551
			Förderkreis Städtepartnerschaft Recklinghausen-Sebaco (Nicaragua), c/o Alexander Kühnl, RE, 02361/59536
			Frauenzentrum, RE, Am Lohtor 1, 02361/15457
			Freie Arbeiter Union Postlagerkarte 064162A, RE
			Friedensinitiative Nord c/o Rüdiger Mack, Börster Weg 60b 02361/ 182214
			Friedensinitiative Quellberg/Ost c/o Vitus Lersch, RE, Nordsee-str. 114, 02361/492083
			Friedensinitiative Süd c/o Albrecht Weidling, RE, Tiefer Pfad 24, 02361/14613
			Friedensinitiative West c/o Jürgen Flüchter, RE, Wisgeldstr. 16, 02361/183141
			Gleichstellungsbeauftragte Tella Kitschke, RE, Stadthaus, Eingang C, Zi. 6 (di-fr 8.30 bis 12.30), 02361/587833
			DIE GRÜNEN, Fraktion Rathaus, Zimmer 117 Mo-Fr 9-13 Uhr, 02361/587462
			DIE GRÜNEN, Stadtverband Herner Str., 43 02361/181241
			Heinrich-Pardon-Haus Jugendzentrum, Wichernstr. 4, 02361/44666
			HOLZWURM Zeitschrift für Recklinghausen und Umgebung, Münsterstr. 2a, 02361/15698
			Informationszentrum für Umwelt- und Naturschutz (IUN) Dortmunder Str. 262, 02361/492696
			Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit
			c/o Martin Upphof, Ginsterweg 4, 4370 Marl-Sinsen, 02365/84927
			Jugendzentrum Marienstr. RE, Marienstr. 2, 02361/36209
			Junges Forum Ruhffestspielhaus, 02361/15521
			Jungsozialisten RE, Paulusstr.45, 02361/29329
			Kooperationskreis f. Flüchtlingsfragen c/o Cornelia Fidora, Bochumer Str. 161a, RE
			Mitfahrzentrale f.d. Kreis Recklinghausen/Arbeitslosenzentrum Datteln, Am Bahnhof 18, 02363/71766 (mo-fr 11-18, sa 11-14, so/feiertags 11-13)
			MLPD, c/o Christoph Klug RE, Schützenstr. 16
			"Muttermilch - ein Menschenrecht e.V. c/o Annette Holt-hausen Westerholter Weg 16, 02361/29955
			Netzwerk Ruhr-Ost c/o Geschichtswerkstatt, Am Ölpfad 27, 46 Dortmund Hörde, Tel. 0231/462242 - Regionalkontakt: Norbert, Tel. 02361/182085
			Pro Familia Beratungsstelle, RE, Springstr.11, 02361/26701
			Rote Hilfe Deutschland c/o Almuth Euler, RE, Immenkamp 21 02361/12657
			Selbstorganisation der Zivildienstleistenden c/o Michael Bodin, Joh.-Sebastian-Bach-Str. 26, RE 02361/14783
			Sozialistische Deutsche Arbeiter Jugend (SDAJ) c/o Gitti Jüsten, RE, Marienstr. 73, 02361/61484
			Sonnenblume Naturkostladen, Springstr., 02361/13927
			Theater im Depot RE, Castroper Str. 23, 02361/47774
			Türkischer Arbeiterverein RE, Marienstr. 4, 02361/62564
			Verband alleinerziehender Mütter und Väter, Dortmund Str.11, RE 02361/22551
			Verbraucherberatung RE, Breite Str. 11, 02361/24101
			Volkshochschule, RE, Herzogswall 17, 02361/587383
			Wurzel Naturkostladen König-Ludwig-Str. 24, 02361/32531
			Bitte Änderungen sofort an uns weitergeben. Telefon: 15698 Stand: 23.01.87

# 10

## JAHRE

# Deutscher Herbst

"Unser aller Bewährungsprobe steht noch aus: den Bürgerkrieg ernst nehmen, das heißt Ernst machen gegen die Krieger. In diesem Kampf darf es keine mildernden Umstände geben, nur dieses: Das Grundgesetz in der linken, die Waffe in der rechten Hand." Dieses Zitat aus der Bild-Zeitung vom 8. September kennzeichnet die Situation in der BRD vor zehn Jahren. Die RAF stellte mit ihren Aktionen die Machtfrage und erhielt genau jene Antwort, die der konservative Theoretiker Carl Schmitt schon 1922 formuliert hatte: "Souverän ist, wer über den Ausnahmezustand entscheidet."

## Der Notstand feiert Premiere

### Der vierte kollektive Hungerstreik

Am 29. März 1977 treten 35 politisch Gefangene in den Hungerstreik. Im Laufe der Zeit schließen sich ihnen insgesamt 100 Gefangene an. Sie fordern eine Behandlung, die den Mindestgarantien der Genfer Konvention von 1949 entspricht. Das bedeutet im

Wesentlichen die Zusammenlegung der Gefangenen in interaktionsfähige Gruppen von mindestens 15 Personen.

Am 7. April 1977 wird der Generalbundesanwalt Buback von dem "Kommando Ulrike Meinhof" der RAF erschossen. In der Erklärung des Kommandos heißt es: "Buback war direkt verantwortlich für die Ermordung von Holger Meins, Siegfried Hausner und Ulrike Meinhof. Er hat in seiner Funktion als Generalbundes-

anwalt ... ihre Ermordung inszeniert und geleitet... Wir werden verhindern, daß unsere Fighter in westdeutschen Gefängnissen ermordet werden, weil die Bundesanwaltschaft das Problem, daß die Gefangenen nicht aufhören zu kämpfen, nicht anders als durch ihre Liquidierung lösen kann... Wir werden verhindern, daß die Bundesanwaltschaft den vierten kollektiven Hungerstreik der Gefangenen um die minimalen Menschenrechte benutzt, um An-

dreas, Gudrun und Jan zu ermorden, wie es die psychologische Kriegsführung seit Ulrikes Tod offen propagiert." (Ausgewählte Dokumente der Zeitgeschichte: Köln 1987).

Auf Antrag der Bundesanwaltschaft werden die Gefangenen daraufhin vollkommen isoliert und Anwaltsbesuche verboten. Die Gefangenen reagieren auf die verschärfte Isolation mit einem zusätzlichen Durststreik, den sie nach Beendigung der Maßnahme wieder abbrechen. Ende April geht der Hungerstreik in seine entscheidende Phase. Der medizinische Sachverständige Schröder konfrontiert den Justizminister des Landes Baden-Württemberg mit der Botschaft, daß Gudrun Ensslin in Kürze als erste Gefangene sterben werde. Parallel dazu geraten die Behörden immer mehr unter öffentlichen Druck. Neben der Gefangenenhilfsorganisation Amnesty International setzten sich u.a. auch 80 Theologen, 128 amerikanische Rechtsanwälte, 100 französische Richter und Anwälte und 23 englische Richter und Verteidiger in Briefen für die Forderungen der Gefangenen ein. Am 30. April lenkt das Justizministerium von Baden-Württemberg scheinbar ein und

sich als plumpe Lüge, um die Gefangenen zum Einlenken zu bewegen.

### Das Ende des Schauprozesses

Ende April 1977 ging der größte politische Prozeß in der Nachkriegszeit der BRD zu Ende. Doch der Preis dafür, daß er überhaupt zu einem für die Staatsseite akzeptablen Ende kam, war hoch. Von Beginn an wurde das Recht auf Verteidigung der Angeklagten bis zur Unkenntlichkeit demontiert. Dazu wurden mehrfach Bundesgesetze geändert. Zwei Kronzeugen der Anklage sollten über die mangelnden konkreten Tat Hinweise hinweghelfen und der Vorsitzende Richter Prinzing wurde Anfang 1977 nach dem 85. Antrag auf Befangenheit abgesetzt.

Die Skandale im Verlauf des Verfahrens waren so zahlreich, daß selbst die gerichtlich eingesetzten Zwangsverteidiger in ihren Schlußworten für die Einstellung des Verfahrens plädierten.

Doch das Urteil stand längst fest. Baader, Ensslin und Raspe wurden wegen der ge-

Haft verurteilt.

### Der Tod des Bankiers Ponto

Am 30. Juli 1977 wird Jürgen Ponto, einer der einflußreichsten Bankiers der BRD, Vorsitzender der Dresdner Bank und persönlicher Berater von Helmut Schmidt bei einem Entführungsversuch erschossen.

Die RAF-Gefangenen werden nach der Erschießung Pontos erneut total isoliert und reagieren wiederum mit einem Hungerstreik. Angesichts der brutalen Zwangsernährung einiger Gefangener werfen die Rechtsanwälte Müller und Newerla den Verantwortlichen vor, die Gefangenen in Stammheim ermorden zu wollen. "Generalbundesanwalt Rebmann in einem Interview mit der 'Welt' am 14.8.77 zum möglichen Tod eines oder mehrerer Gefangener: ... das wäre die Konsequenz, die den Gefangenen und ihren Verteidigern klargemacht wurde und klar ist." (Pieter Bakker-Schut: Stammheim; 1986)

Obwohl der Hungerstreik wiederum eine große Solidarität im In- und Ausland findet, bricht Amnesty International einen Vermittlungsversuch wegen der verhärteten Situation ab, am 2.9. beenden die Gefangenen den Hungerstreik. Jan-Carl Raspe teilt in einer Presseerklärung mit: "Die Gefangenen ... haben sich dazu entschlossen, nachdem sie ... offen zu Geiseln des Staatsschutzes erklärt worden sind."

### Die Schleyer-Entführung

Den Höhepunkt erreicht die Konfrontation zwischen Staat und Guerilla im Herbst 1977 mit der Entführung von Hans-Martin Schleyer, dem Präsidenten des BDI (Bundesverband der Industrie) und des BDA (Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände) durch das "Kommando Siegfried Hausner". Schleyer war ein Paradebeispiel für deutsche Wirtschaftsbosse mit markanter Nazi-Vergangenheit. Er war während des Krieges Mitglied der SS und avancierte zuerst zum Leiter des NS-Reichsstudentenwerkes und schließlich zum Leiter



Andreas Bader, Angeklagter in Stammheim, wird zur Verhandlung gebracht

sagt zu "eine gewisse Konzentration von Gefangenen ... in Stuttgart-Stammheim vorzunehmen." Die Gefangenen beenden daraufhin ihren Hungerstreik. Zu einer Zusammenlegung kam es dennoch nicht. Die Zusage entpuppte

meinschaftlichen Begehung von sechs Bombenanschlägen in Tateinheit mit vier Morden und 34 Mordversuchen, sowie des Begehens von Mordversuchen in Tateinheit mit der Gründung einer kriminellen Vereinigung zu lebenslanger





Hans-Martin Schleyer in der Gewalt der RAF

des Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie für Böhmen und Mähren. Nach dem Krieg schaffte der Nazi-Manager wie viele andere, einen nahtlosen Übergang in Führungspositionen der westdeutschen Wirtschaft.

### Die Ausschaltung des Parlaments

Sofort nach der Entführung am 5.9. bei der Schleyers Fahrer und drei Sicherheitsbeamte ums Leben kamen, richtet die Bundesregierung Krisenstäbe ein. "Die Kleine Lage" tagt mehrfach täglich mit Bundeskanzler Schmidt und seinen engsten Beratern: Bundesinnenminister Maihofer, Justizminister Vogel, Außenminister Genscher (z.T. vertreten durch Bundeswirtschaftsminister Graf Lambsdorff), Staatsminister Wischniewski und Staatssekretär Schüler, Regierungssprecher Bölling, BKA-Präsident Herold und Generalbundesanwalt Rebmann.

Dem 'Großen Krisenstab', der ein- bis zweimal wöchentlich zusammentritt, gehören neben den Mitgliedern der 'Kleinen Lage' an: Brandt, Kohl, Strauß, Wehner, Mischnik, Zimmermann und die vier Re-

gierungschefs der Länder, in deren Gewahrsam sich RAF-Häftlinge befinden: Filbinger, Goppel, Kühn, Klose.

Beide Krisenstäbe sind in der Verfassung nicht vorgesehen. Die Situation komme einem 'nationalen Notstand' gleich, erklärt der baden-württembergische Ministerpräsident Filbinger. Die 'Kleine Lage' tritt an Stelle der Regierung, die Legislative, das Parlament wird ausgeschaltet. Ausdrücklich wird beschlossen, in den 'Krisenstäben' keinerlei Protokoll zu führen.

- Der 'Große Krisenstab' verhängt eine totale Nachrichtenensperre für alle Medien. Die Inlandspresse hält sich daran, die Auslandspresse kritisiert die Entscheidung und berichtet über den laufenden Stand der Entführung.

Der 'Große Krisenstab' leitet ohne Rücksicht auf die Gesetze eine totale Fahndung ein, die auch nach Auffassung bürgerlicher Kräfte gegen das Rechtsstaats- und Verhältnismäßigkeitsprinzip verstößt. So werden z.B. an wichtigen Verkehrsknotenpunkten Datenfunkstationen aufgestellt, über die alle vorbeifahrenden Kraftfahrer im Alter zwischen ca. 20 und 35 Jahren über Interpol abgefagt werden, so erzwingt das BKA Vertragsdurchschläge von allen in der BRD gekauften PKW, so wird in Köln damit begonnen, alle Stromabnehmer auf ihre polizeiliche Meldung hin zu überprüfen u.ä.m." (Dokumente ...).

### Kontaktsperre

Ebenso wie nach den Anschlägen auf Buback und Ponto werden über 100 politische Gefangene sofort total isoliert. Verteidigerbesuche werden verboten, Radios und Fernseher weggenommen, Zeitungen und Briefe zurückgehalten. Die Kontaktsperre wird mit der angeblichen Planung und Steuerung der Entführungsaktion aus den Gefängnissen heraus begründet. Dieser Auffassung mochte sich aber selbst der Ermittlungsrichter am Bundesgerichtshof nicht gänzlich anschließen. Er



Das Bundesverfassungsgericht erklärt die Kontaktsperre für rechtmäßig.

erlaubte die Kontaktsperre mit Ausnahme des Verbotes der Verteidigerbesuche.

Trotz dieses richterlichen Beschlusses wurden den Verteidigern von den Gefängnisverwaltungen auf Bitte der BAW die Besuche der Häftlinge verwehrt. Ermittlungsrichter Kuhn mußte zugeben, er könne seine hafterliche Verfügung vom 6.9.77 nicht durchsetzen, er könne ja nicht mit einer Gruppe von Justizbeamten gegen die Anstalt vorgehen (Konkret 12/77).

"Damit hatte die BRD 'ihren ersten Staatssteich' erlebt. Die Krisenstruktur im 'übergesetzlichen Notstand' war nicht mehr kontrollierbar, diente nicht dem Zweck, Menschenleben zu retten, sondern sie diente dazu, die außergesetzlichen Maßnahmen zu ermöglichen, die politische Machtfrage zu gewinnen. Dem heutigen Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann zufolge befand sich die BRD damals im 'Kriegszustand' (Stern, 39/1977). Richter Simon vom 1. Senat des Bundesverfassungsgerichts rief die von 'Terroraktionen gefährdeten Personen aus Politik und Wirtschaft' dazu auf, 'ein begrenztes Risiko zu tragen - wie wir vom Soldaten im Krieg erwarten, daß er Opfer bringt' (Stern 40/1977). Später erklärte Bundeskanzler Schmidt im 'Spiegel' (15.1.79): 'Ich kann nur nachträglich den deutschen Juristen dan-

ken, daß sie das alles nicht verfassungsrechtlich untersucht haben'" (Schut).

Um aus diesem Dilemma herauszukommen, entschloß sich die Bundesregierung bzw. der Krisenstab zu einem parlamentarischen Kraftakt, der Einführung des Kontaktsperregesetzes. Was sonst oft Jahre dauerte, wurde in sage und schreibe drei Tagen durchgezogen. Der am 28.9.77 eingereichte Gesetzentwurf wurde am 30.9. vom Bundestag verabschiedet. "Im Gegensatz zur Bundesregierung sprachen die meisten Beobachter folglich von einem 'ausgesprochenen Notstandsgesetz'. ..." (Schut).

### Verzögerungs-taktik

Nachrichten- und Kontaktsperre waren zwei Hilfsmittel des Krisenstabes, um gegenüber den Entführern auf Zeit zu spielen und doch noch zu einem Fahndungserfolg zu kommen. "Während gegenüber der Öffentlichkeit und den Entführern fortwährend der Eindruck erweckt wurde, ein Austausch werde erwogen, hatte die Verantwortlichen in Bonn jedoch schon am 6.9.77, also einen Tag nach der Entführung beschlossen, die Gefangenen auf keinen Fall freizulassen" (Schut).

Zu der Verzögerungstaktik äußerte sich Schleyer auf

einem seiner vielen, erst nach seinem Tod bekanntgewordenen Tonband- und Videoaufzeichnungen. "Ich habe immer die Entscheidung der Bundesregierung, wie ich ausdrücklich schriftlich mitgeteilt habe, anerkannt. Was sich aber seit Tagen abspielt ist Menschenquälerei ohne Sinn."

### Die Landshut-Entführung

Am 13. Oktober 77 wird die Lufthansa Maschine "Landshut" mit 86 Passagieren an Bord, während eines Fluges von Mallorca nach Frankfurt von dem palästinensischen Kommando "Martyr Halimeh" entführt. Das Kommando fordert die Freilassung derselben Gefangenen wie die Entführer Schleyers, die Freilassung von zwei Gefangenen der palästinensischen Befreiungsorganisation aus türkischen Gefängnissen und ein Lösegeld von 15 Millionen US-Dollar. "Nach einer stundenlangen Nachtsitzung des 'Kleinen Krisenstabes' brauchte die Regierung etwa 45 Minuten, um zu der Entscheidung zu finden, die Freilassung abzuwehren und einen Befreiungsversuch zu riskieren" (Schut).

Die Spezialeinheit GSG 9 des Bundesgrenzschutzes fliegt zusammen mit Bundeskanzleramtsminister Wischniewski, der die Scheinverhandlungen führen soll nach Mogadischu, der Hauptstadt Somalias, wo die "Landshut" nach Zwischenlandungen in Rom, Zypern, Bahrain und Dubai gelandet ist. Wischniewski erreicht in Verhandlungen mit den Palästinensern eine mehrfache Verschiebung des Ultimatums nach dessen Ablauf Passagiere und Besatzung getötet werden sollen. Dadurch gewinnt die Bundesregierung die Zeit, um bei der Regierung Somalias die Erlaubnis für den Einsatz der GSG 9 zu bekommen.

In der Nacht zum 18. Oktober stürmt die GSG 9, unterstützt von Mitgliedern des britischen Geheimdienstes SAS die "Landshut". Bei der nur zwölf Minuten dauernden Aktion werden die Mitglieder des Kommandos bis auf eine Ausnahme getötet.



Am 27. Oktober 1977 werden Gudrun Ensslin, Andreas Baader und Jan-Carl Raspe auf dem Waldfriedhof in Stuttgart beerdigt

## Die Nacht von Stammheim

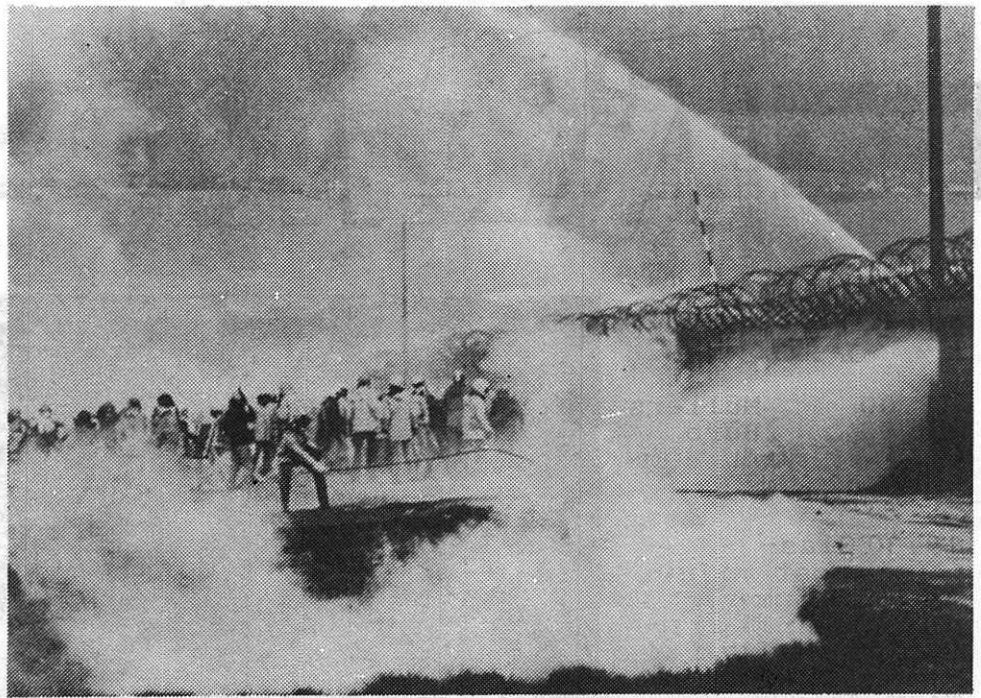
"Am Morgen nach dieser Nacht wurden die Gefangenen Andreas Baader und Gudrun Ensslin tot in ihren Zellen gefunden. Jan-Carl Raspe war schwerverletzt und starb wenige Stunden später in einem Stuttgarter Krankenhaus. Irmgard Möller hatte Stichwunden in der Brust. Während der Nacht hatten sich nur diese vier Gefangenen im Sicherheitstrakt des Gefängnisses befunden" (Schut).

Baader und Raspe waren durch Handfeuerwaffen tödlich verletzt worden. Gudrun Ensslin hing mit einem Radiokabel am Gitter des Zellenfensters. Schon eine Stunde nach der Entdeckung der Leichen wurde vom baden-württembergischen Justizministerium mitgeteilt, die Gefangenen hätten Selbstmord begangen.

Doch genau wie bei Ulrike Meinhofs Tod waren die Todesumstände von Widersprüchen und Ungereimtheiten gekennzeichnet. "Unmittelbar nach dem Tod der Gefangenen folgte ein 'Wunder von Stammheim' dem anderen. Am 20.10.77 fand sich, so die Staatsanwaltschaft, in Raspes Zelle unter einem Pullover ein Taschenradio. Weiter fand sich ein Kommunikationssystem, bestehend aus versteckten Elektroleitungen und einem selbstgebastelten Morseapparat mit Batterien, zwei Tage später kam die Nachricht, hinter der Fußleiste einer seit der Kontaktsperre nicht mehr benutzten Zelle seien 300 Gramm Sprengstoff gefunden worden. Noch einmal zwei Tage später spürte man 400 Gramm Sprengstoff und drei Zünder auf. Am 18.11.77 fand sich in der Wand einer seit Mitte August 1977 nicht mehr benutzten Zelle sogar ein Revolver mit passender Munition" (Schut).

Ebenso obskur wie die "Funde" im bestgesicherten Gefängnis Westeuropas waren die Ergebnisse der Obduktionen, die nur einen Sinn ergaben, wenn man von einer Fremdeinwirkung ausgeht. So konnte sich Baader seine Schußverletzungen nach der Beschaffenheit der Wunde und der speziellen Waffenart gar nicht selbst beigebracht haben.

Gudrun Ensslin hing an einem Kabel, das bei dem Ver-



Das bleierne Klima des deutschen Herbstes blieb auch für die Anti-AKW-Bewegung nicht ohne Folgen.

such, die Leiche abzunehmen brach. Es erscheint äußerst zweifelhaft, ob das Kabel die Belastung, wie sie beim Fall eines menschlichen Körpers entsteht, hätte auffangen können. Trotzdem wurde, wie bei Ulrike Meinhof ein Histamin-Test unterlassen. Allein dieser Test kann Aufschluß darüber geben, ob ein lebender oder ein toter Mensch aufgehängt wurde.

Ungeachtet dieser und zahlreicher anderer mysteriöser Umstände kümmerte sich der Parlamentarische Untersuchungsausschüß nie um diese Fragen. Dazu Kriminaloberrat Günter Textor, Leiter der "Sonderkommission Stammheim", die mit der Untersuchung der Todesfälle beauftragt wurde: In anderer Richtung "haben wir nie ermittelt, und von der Staatsanwaltschaft haben wir auch keine entsprechenden, über Selbstmord hinausgehenden Ermittlungsaufträge bekommen."

## Der Staat läßt seinen Schleyer fallen

Mit der Erstürmung der Lufthansa Maschine und dem Toden von Stammheim war

auch das Schicksal Hans-Martin Schleyers besiegelt. Er wurde am 19. Oktober 1977 tot im Kofferraum eines Autos im französischen Mühlhausen gefunden.

"Jetzt beginnt die große Hatz: die größte Fahndung in der Geschichte der BRD. Tausende von Wohnungen werden durchsucht, Millionen Flugblätter verteilt, überall finden Straßenkontrollen statt, die gesamte linke Infrastruktur wird auf den Kopf gestellt. Bei der Beerdigung von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe werden 60 Menschen festgenommen" (TAZ, 5.10.87).

Die Herrschenden nutzen die Gunst der Stunde, um nach dem Sieg über die RAF gleich noch den außerparlamentarischen Widerstand, insbesondere die Anti-AKW-Bewegung, zu isolieren und durch massive Repression einzuschüchtern. Die Nachwirkungen dieser "Sympathisantenhetze" beeinflussen die Politik der westdeutschen Linken bis zum heutigen Tage. "Der Staat und seine loyalen Bürger hatten gesiegt und gezeigt, was sie unter wehrhafter Demokratie verstehen. Sie hatten sich als altbekannte, allgegenwärtiges Mörderpack erwiesen" (P.O. Chotjewitz, in: Klamm, Heimlich und Freude: Berlin 1987).

# TERMIN

**Montag,  
1.02.**

18.00 Müllers  
20.00 Büro.  
Filmkomödie, Stadt-  
halle/Studio Gladbeck

19.30 Glas-  
nost und Pere-  
stroika: Gorbatschows Re-  
formpolitik, die DDR und an-  
dere Oststaaten. Vortrag und  
Diskussion mit Wolfgang Klein.  
WDR. "Für einen deutschen  
Fernsehjournalisten ist der  
Korrespondenten-Platz in Ost-  
berlin spannend und außerge-  
wöhnlich. Man ist einerseits  
so etwas ähnliches wie ein  
Auslandskorrespondent, berich-  
tet aber aus einer deutsch-  
sprachigen Republik. In der  
man - wie ein Lokaleporter -  
am nächsten Tag seine Beiträge  
verteidigen muß. Denn das bun-  
desdeutsche Fernsehen wird in  
der DDR intensiver gesehen als  
das eigene. Für einen Journal-  
isten eine ungewöhnliche Rol-  
le, die immer auch politisch  
ist". stellt Wolfgang Klein  
fest. Eintritt frei

**Dienstag,  
2.02.**

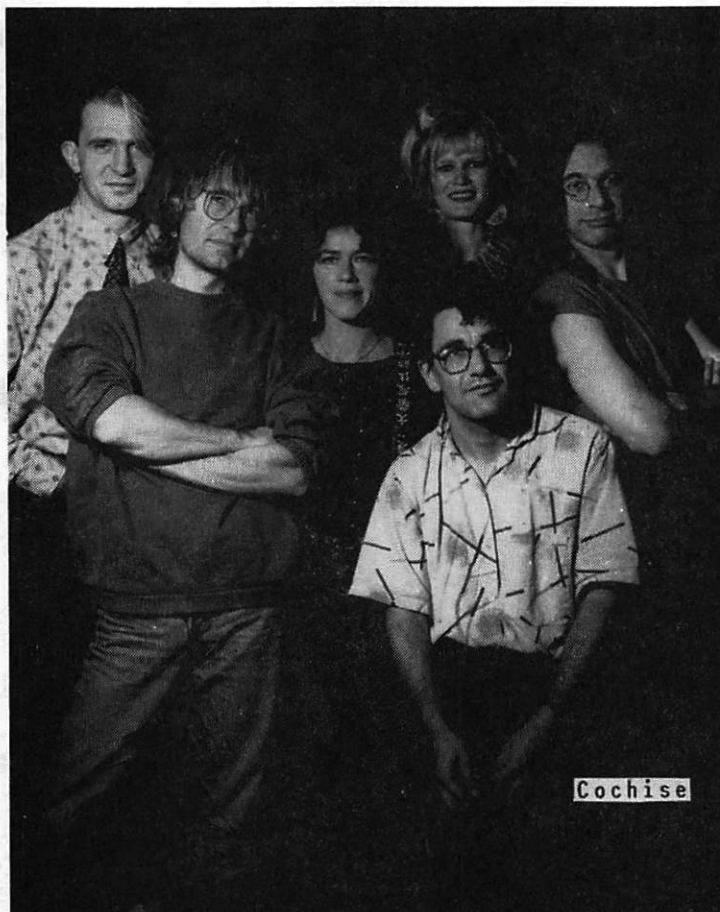
15.30 Einer  
flog über das  
Kuckucksnest, böse  
Filmsatire, Apollo-Center-GE,  
auch 18 und 20.00

**Mittwoch,  
3.02.**

18.00 Der  
kleine  
Staatsanwalt, Film  
von Hark Bohm, Kino-Center  
Buer, GE, auch 20.30

17.00 Der  
letzte Kai-  
ser, Rex-Theater, Rentforter,  
Str. 5, Gladbeck

19.00 Der Blau-  
milchkanal,  
Film nach E. Kishons Satire  
auf Behörden und Parteifunk-  
tionäre, Altstadtschmiede



Cochise

**Freitag,  
5.02.**

20.00 Eine  
Nacht in  
Casablanca, Streifen  
mit den Marx-Brothers, Gesamt-  
schule Rentfort, Gladbeck

20.00 Bizarre  
Party, In-  
dependent music,  
Bürgerhaus Herten-Süd, 3 DM  
Eintritt

20.00 Clown  
Compagnia  
Rhein und Ruhr.  
Theater in der Altstadt-  
schmiede

**Samstag,  
6.02.**

15.30 Kinder-  
theater  
TÖPFE, Premiere!!!, Alt-  
stadtschmiede

**Sonntag,  
7.02.**

20.00 Die  
Oper vom  
Großen Hohnge-  
lächter von Dario Fo,  
Premiere!!!. Musik: Susanne  
Hinkelbein und Thomas Gabriel,  
Theater im Depot

18.00 Inde-  
pendence  
Day mit The Rayman, Disco-  
Live & Band-Videos im Flexi

**Dienstag,  
9.02.**

18.00 Der  
kleine  
Staatsanwalt, Apollo-  
Center-GE, auch 20.00

20.00 Die  
Oper vom  
Großen Hohnge-  
lächter. Theater im Depot

**Mittwoch,  
10.02.**

15.30 Fellinis  
Gaugner -  
O.m.U., Regie: Federico Fel-  
lini, ebenfalls um 20.30

18.00 Das Brot  
des Bäckers,  
beide Filme laufen im Kino-  
Center-Buer in GE

19.00 Dschungel-  
burger, Film in  
der Altstadtschmiede

**Donners-  
tag,  
11.02.**

20.00 Die Oper  
vom Großen  
Hohngelächter, laut  
Veranstaltungsplan die "Drei-  
Groschen-Oper der strahlenden  
Achtziger", Theater im Depot

**Freitag,  
12.02.**

20.00 Die Blech-  
trommel, Film  
von Volker Schlöndorff, Bür-  
gerhaus-Ost, Gladbeck

20.00 WOZA!  
Schwarze  
Stücke, Theater im Depot

**Samstag,  
13.02.**

20.00 "O Moon of  
Alabama", So-  
lo-Theater mit Sonja Kehler  
(DDR) und Bernd Wefelmeier  
(DDR, musikalische Beglei-  
tung), Sonderprogramm zum 90.  
Geburtstag von Bertolt Brecht,  
VVK 5,-, AK 6,-

20.00 "Und das  
wird immer  
so weiterge-  
hen..." - Unser  
Beitrag zum Grand  
Prix, von und mit Ingeborg  
Wolf und Georg Hahn, Theater  
im Depot

# TERMIN

**Sonntag,  
14.02.**

**14.00 - 19.00 Traumnacht**  
für Kinder, Jugendliche und Erwachsene, mit den Zauber-Clowns Joe und Joc und dem Magier M. Sondermann, einer Kostümpremierung, einem Rieseisenblasen- und einem Potostand, schwatten Kaffee und leckere Kuchen und so nebenbei noch einigen Überraschungen! Das tolle Theater findet in Jugendzentrum Nord, Beethovenstr. 1, in Herten statt und kostet keine Mark. Erscheinungen in Kostüm erhofft!

**18.00 Independence Day** mit der Candy Floss Society, Flexi

**Montag,  
15.02.,  
Dosen-  
hohntach**

**ab 16.00 Carne-  
valska '88**  
mit The Trojans, flexi

**Dienstag,  
16.02.,  
fast  
Nacht!**

**15.30 Fellinis  
Gauner, Original**

mit Untertiteln, auch  
20.30, und um  
**18.00 Das  
Brot des  
Bäckers** in Apollo-Center-  
GE

**Mittwoch,  
17.02.,  
Arscher-  
mittwoch**

**19.00 Angst vor  
der digita-  
len Diktatur**, Insel  
Marl, Vortrag und Diskussion  
mit Prof. Dr. H. Kubicek  
(Trier) über die wirtschaftli-

chen, sozialen, technischen  
und politischen Auswirkungen  
eines einheitlichen Transport-  
netzes für Kommunikationsüber-  
tragung.

**15.00 Flußfahrt  
mit Huhn, Film**  
in der Altstadtschmiede

**Donners-  
tag,  
18.02.**

**18.00 Sind  
Frauen die  
besseren Men-  
schen?**, Seminar mit Pr.  
Dr. Günther Schreiner (Göttingen), Insel Marl

**15.00 Kin-  
dertheater  
Rumpelstilzchen**,  
Klassisches Märchen nach den  
Gebrüder Grimm, Marionetten-  
bühne der Hiberniaschule,  
Wanne-Rickel, Eintritt 2,-,  
Städt. Saalbau, Wilhelmstr.  
26, Herne

**19.00 Die  
Farbe Lila**,  
Film von Steven Spielberg,  
Haus am Grünen Ring, Wilhelm-  
str. 37, Herne, Eintritt 3,-

**Freitag,  
19.02.**

**19.00 Disco,  
20.00 Jaming  
Blues, Rhythma  
and Blues**, dies sowohl wie je-  
nes in der: Altstadtschmiede

**Sonntag,  
21.02.**

**15.00 Fami-  
liennach-  
mittag ("Kinder  
in der 3. Welt")**,  
Insel Marl, Ein Familiennach-  
mittag mit Singen, Spielen und  
Autorenlesung

**ab 18.00 Inde-  
pendence  
Day** mit The Slan, flexi

**20.00 5. Sin-  
foniekon-  
zert** in Saalbau Reckling-  
hausen, Dorstener Str. 16, auf

den Programm stehen Werke von  
Klaus Huber, Haydn und R.  
Strauss, Eintritt 9,50; 13,-;  
15,-

**Montag,  
22.02.**

**ab 19.00 Cochise  
Abschieds-  
konzert**, flexi

**Mittwoch,  
24.02.**

**18.00 The  
Wall**, Rex-Thea-  
ter, Gladbeck, auch um 20.30

**15.30 Radio  
Days**, von Woody  
Allen, Kino-Center-Buer, Ge,  
auch um 18.00 und 20.30

**19.00 Die  
Nacht von  
San Lorenzo** (keine Ah-  
nung was da los war, ich geh'  
hin, Ann. des The Zerris), Alt-  
stadtschmiede

**Donners-  
tag,  
25.02.**

**18.00 Harold  
and Maude**,  
Filmgroteske in engl. Origin-  
alton, Stadthalle/Studio  
Gladbeck, auch um 20.00 Uhr.

**19.30 Die  
Deutschen  
und die deutsche  
Frage nach 1945**,  
Vortrag und Diskussion mit Pr.  
Dr. W. Loth (Münster) in der  
Marler Insel.

**19.00 Der  
Schläfer**, Film  
von Woody Allen, 2,-; Kultur-  
zentrum Berliner Platz 11,  
Herne

**Freitag,  
26.02.**

**20.00 Alf  
Loth & An-  
dreas Heuser**, Jazz-  
konzert in der Altstadt-  
schmiede

**Samstag,  
27.02.**

**20.30 FOX**, kel-  
tische Folklore,  
Altstadtschmiede

**Montag  
PRIERT, IHR LEUTE, DIRSCH SELTENER  
TAG!**

**29.02.**

**18.00 Stop  
Making Sen-  
se**, Filmurbleske, Stadt-  
halle/Studio Gladbeck, auch um  
20.00.

**Veranstaltungs-  
orte**

Aula Kuniberg, Recklinghausen,  
In Kuniberg

Altstadtschmiede, Recklinghau-  
sen, Kellerstr. 10, Tel. 21212

Apollo-Center-Gelsenkirchen,  
Gelsenkirchen, Bahnhofstr. 79

Bürgerhaus Süd, Herten, Tel.  
02366/330055

Drübelken, Recklinghausen,  
Münsterstr. 7, Tel. 23493

Flexi, Recklinghausen, Schul-  
str. 85, Tel. 81449

Insel, Marl, Bergstr. 23, Tel.  
02365/14002

Kino-Center Buer,  
Gelsenkirchen-Buer, Horster  
Str. 6

Ruhrfestspielhaus, Reckling-  
hausen, Cäcilienhöhe, Tel.  
25025

Theater im Depot, Recklinghau-  
sen, Castroper Str. 23

Volkshochschule Gladbeck,  
Friedrichstr. 55, Tel.  
02043/1751

Volkshochschule Recklinghau-  
sen, Herzogswall 17, Tel.  
587383

WLT, Westf. Landestheater, Ca-  
strop-Rauzel, Europaplatz 10,  
Tel. 02305/1617-18

Zeche Bochum, Bochum, Prinz-  
Regent-Str.

# BEKANNTMACHUNG

JEDEN DIENSTAG WÄHREND  
DER BÜRGERMEISTERSPRECHSTUNDEN  
DEMOKRATENTAUFGE DURCH BÜRGERMEISTER WELT  
IM RATHAUS DER STADT RECKLINGHAUSEN .

Selbsternannte Demokraten können hier mit Emscherwasser getauft und offiziell zum "ANERKANNTEN RECKLINGHÄUSER DEMOKRATEN MIT ECHTHEITSZERTIFIKAT" ernannt werden.

*Mitzubringen sind:*

- 1. Ein polizeiliches Führungszeugnis, unterzeichnet von Hauptkommissar Peter Budschun;*
- 2. Eine schriftliche Bestätigung der Teilnahme an der Volkszählung 1987, beglaubigt durch Stadtdirektor Peter Borggraefer;*
- 3. Eine Bescheinigung des Knappschaftskrankenhauses über ein besonders elastisches Rückgrat.*

Durchreisenden Ausländern wird von Landrat Marmulla nach einer von ihm durchgeführten Eignungsprüfung der Titel "Recklinghäuser Demokrat h.c." zuerkannt; Gediente werden bevorzugt.

DER MAGISTRAT DER STADT RECKLINGHAUSEN

gez. Jochen Schildbürger